

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfan-
nlich & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernruf Nr. 411. — Postfach Nr. 222. —
die Redaktion Nr. 227, für den Verlag und die Druckerei Nr. 225. — Postzeitungssatz 2. Nachtrag, Seite 110. —
Verkaufspreis vom 16. bis 30. September 1,00 Mark, Abnehmer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10zeilige, 27 Millimeter breite Anzeigenzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinsanzeigen 30 Pfennig, die dreizeilige 90 Millimeter breite Anzeigenzeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Druckverrichtungen keine Gewähr. Erscheinungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 217.

Magdeburg, Donnerstag den 17. September 1925.

36. Jahrgang.

Brigade Meuchelmord.

Der Mordplan gegen Seect.

Zusammen mit den Enthüllungen über die böllische Feinde und die schwarze Reichswehr ist nun auch das Attentat auf den General von Seect wieder aktuell geworden. Nichtete sich doch nach der Niedererschlagung des Rüsttriner Putzsch durch die 2. Division die ganze Wut der betrogenen Betrüger gegen die Leute, die — wie sie glaubten — bis zur letzten Konsequenz den mehr oder minder trocknen oder blutigen Putzsch des Jahres 1923 mit ihnen durchführen würden. Daß General von Seect erst bei Erreichung von 55 Prozent Wahrscheinlichkeit und General von Seect vielleicht erst bei 99 Prozent oder überhaupt nicht dafür zu haben sei, und daß beide Herren so unfreundlich sein könnten, im letzten Augenblick mit Maschinengewehren gegen die der Reichswehr mehr oder minder attachierten böllischen Banden vorzugehen, das ließen sich die Herren allerdings nicht träumen. Darum sinnlose Wut und der Mordplan gegen den General von Seect!

Die neuesten Mitteilungen eines genauen Kenners der schwarzen Reichswehr besagen nun, daß man sich mit der Ermordung des Generals von Seect gar nicht zufrieden geben, sondern im Anschluß daran einen kleinen

Putzsch gegen Berlin

inszenieren wollte. Er schreibt darüber in der „Weltbühne“:

„Um das Attentat für die Umsturzidee der Verbände nutzbar zu machen, wurden die Verhandlungsleiter der Brigade Ehrhardt, Major Günther, der S. N.-Abteilung Fort Savelberg, Hauptmann Kampf, und der Arbeitskommandos in Medlenburg Oberleutnant von Seiden von dem Mordplan unterrichtet. Diese Formationen — insgesamt 5000 Mann — sollten am Tage der Ermordung einen Handstreich gegen Berlin machen. Enge Beziehungen waren auch nach München aufgenommen worden, wo ja doch der Professor Friedemann, alias Ehrhardt, der Major Kauter und andre böllische Führer von militärischer und politischer Bedeutung wohnten.

Zur Ergänzung und Auffüllung der Mordtruppe wurden alle ehemaligen Mitglieder der schwarzen Reichswehr, soweit sie erreichbar waren, angenommen. Zu jener Zeit — Oktober 1923 — wimmelte es in Berlin von

Unteroffizieren der schwarzen Reichswehr,

die von ihren Führern im Stiche gelassen, völlig mittellos waren. Selbstverständlich wurden die zunächst nicht in das Unternehmen eingeweiht. Erst als sie einquartiert waren und die Vergangenheit ihrer „Freunde“ kannten, wurden sie von den Plänen unterrichtet, denn da hatte die Angst vor der Feme sie wieder „treu und zuverlässig“ gemacht. Auf diese Art wurden ungefähr noch 10 Leute gewonnen.

Die Art der Ausführung des Anschlags entsprach ganz der abenteuerlichen Phantasie dieser Landsknechte. Die beiden Täter sollten also mit dem Rufe: „Depejchen über schwarze Reichswehr!“ in das Arbeitszimmer des Generals stürmen. Da sie uniformiert waren, hoffte man, daß sich das ohne Schwierigkeiten würde machen lassen. Der eine sollte

den General niedererschlagen

und der andre die Flucht decken. Die Straßen vor dem Reichswehrministerium sollten von Leuten in Zivil besetzt werden, die im äußersten Notfall gegen die Wache vorzugehen hätten. Zu diesem Zwecke sollten sie mit Pistolen und Handgranaten ausgerüstet werden. Zwei Autos sollten die fliehenden Mörder aufnehmen und sie zunächst in den Spreewald bringen.“

Im übrigen schildert dieser ehemalige Adjutant des Kommandanten der schwarzen Reichswehr von Berlin bis in die kleinsten Details die Aufstellung, Unterbringung und Rühmung der Mordkolonne gegen den General von Seect. Die Geldmittel für die Beseitigung des Chefs der Geeresleitung stammten nach der präzisen Angabe des Verfassers vom „Chef“.

vom Kapitän Ehrhardt.

Der Putzschkapitän und Generaladjutant des Herrn von Rahr ist ja nun samt seinen Helfershelfern durch die Hindenburg-Amnestie aller seiner Sünden ledig gesprochen worden. Vielleicht entschließt sich nun doch der Herr Oberreichsanwalt, den Kapitän wegen „Geheimbündelei“ und Beihilfe zum Mord dem Gericht in Landsberg an der Warthe vorführen zu lassen, das heißt, wenn er ihn erwischt. Wäre Ehrhardt Kommunist oder Sozialdemokrat, oder

den zehnten Teil der Straftaten auf dem Gewissen, die ihm vorgeworfen werden und nachgewiesen werden sollen, er sähe längst hinter Kerkermauern. So aber treibt er sich jetzt nach der Amnestie ungehindert in Deutschland umher und wird bald wieder der Schrecken der Republik sein. Denn diesem Abenteuerer ist das Putzschene Gesindel gibt es ja leider in Deutschland genug, das sich bald um ihn scharen wird. Wir werden das Gefühl nicht los, daß wir viel eher etwas von einem neuen Schandstreich der Brigade Meuchelmord hören, als von einem Eingreifen der Justiz gegen solche verbrecherischen Abenteuerer.

Zwei Mustervöllische.

Polizei und Gerichte schweigen sich über die Feme-mörder und böllischen Ausbrecher beharrlich aus. Wenn wir nicht unsere Zeitungen hätten, wüßte kein Mensch, wie man einen Kapitän aus dem Zuchthaus befreit oder wie man einen politischen Gegner mit der bloßen Faust zerdrückt.

Während nun in letzter Woche ein Montagsblatt in der Lage war, das genaue Signalement der — amnestierten Ehrhardtbefreier zu bringen, berichtet „Die Welt am Montag“ über die Namen und die beruflichen Leistungen einiger Muster von Feme-mördern folgende Einzelheiten:

Büsching und Klapproth waren Bootsmannsmasten der Handelsmarine, machten aber den Krieg bei der Kriegsmarine mit. In aller Welt herumgekommen, waren sie von einer auffallenden Körperkraft und waren wegen ihrer Roheit bis in die höchsten Kreise der W. V. (Vereinigte vaterländische Verbände) gefürchtet.

Für Büsching ist es charakteristisch, daß er einmal einen „Verräter“ mit bloßen Händen erwürgt, ein andermal einen solchen mit einer Eisenstange erschlagen hat. Büsching hat, schlecht gerechnet, etwa 7 Feme-morde begangen. Auf sein Konto kommen zweifelsfrei u. a. der Mord an dem Unteroffizier Grosche im Walde von Wärawalde und auch der in den Kajematten des Forts Gorgast. Von seiten der Angehörigen Büschings wird jetzt behauptet, daß der Mörder seinem Leben schon vor längerer Zeit freiwillig ein Ende gemacht habe. Das ist unzutreffend. Büsching hält sich sogar noch in Deutschland auf. Klapproth hatte die Gewohnheit, seine Opfer zunächst mit der Faust zu Boden zu schlagen und sie dann erst zu töten.

Die neueste Meldung über den Feme-fandall wirft ein recht eigenartiges Bild auf unser „Rechtsstaat“. Seit Wochen schreibt die Presse über die Feme-morde. So teilte das „Berliner Tageblatt“ Einzelheiten über kriminelle Verfehlungen des angeblich verhafteten Bootsmannsmasten Klapproth, eines „Oberleutnants“ Silberbrandt und eines Dr. Hübnert in allen Einzelheiten mit und in der „Weltbühne“ hielt ein Anonymus ein höchst interessantes Selbstgespräch über die „Gruppe“ des sogenannten „Oberleutnants Schulz“.

Entweder sind diese Angaben wahr, dann muß die Deffentlichkeit zwecks Ergreifung der Täter sofort ausreichend informiert werden, um das Feme-geschwür mit aufstehen zu helfen, oder sie sind unmaß. Auch dann müßte schon längst Aufklärung erfolgt sein. Da es aber nicht geschieht, machen sich die Republikaner ihren eignen Vers von der republikanischen Justiz. —

Wir brauchen Europageist.

Uns Genf wird uns geschrieben: Nach seinem „Offnen Brief an das französische Parlament“, der vor einigen Monaten allen Abgeordneten Frankreichs eingehandt wurde, ist Herr Richard Coudenhove-Kalergi (führender Propagandist des Pan-Europa) ein erstes Mal in Genf erschienen, um auch die Völkerbunddelegierten für seine „Pan-Europa“-Idee zu gewinnen. Allen hat er klare Formulierungen seines Programms zugehört, wie denn überhaupt die seltene Klarheit von Coudenhoves Schreibweise seine Hauptstärke ist.

Vor 2000 Jahren gab es einst in Deutschland nur Familien und Familienjinn. Dann vereinigten sich mehrere von diesen Sippen, die sich untereinander bekriegten. Die Sippschaften bildeten Bünde, und so entstanden die Stämme, die sich gegenseitig beraubten. Aber die Stämme einigten sich oft zur Bekämpfung anderer Stammgruppen. Dies bildet den Ursprung der Völkerschaften. Die deutschen Völker wurden 1870 durch künstliche Regierungsmache zusammengebracht. Die angebliche Einigung der deutschen Länder durch Bismarck bedeutete nichts als ein Erheben des Königs Wilhelm I. zum Kaiser. Das deutsche Volk war längst vorher einig.

Bei Deutschland aber können wir in der Entwicklung nicht haltmachen. Und hieran knüpft Coudenhove-Kalergi, ohne jedoch das Werden eines Volkes von der Familie zum Lande zu betrachten, seinerseits an. Er findet den Völkerbund zu unübersehbare. Bei Gründung des Völkerbundes dachte man, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland würden ebenfalls in ihn eintreten. Keins von beiden traf später zu. Die größte kapitalistische und die größte anti-kapitalistische Macht ist außerhalb des Völkerbundes, die eine, weil sie sich nicht um das Durcheinander in Europa kümmern will und die andre aus Furcht, Europa könne sich mit ihrem Chaos befassen.

Nur durch eine Sondervereinigung der europäischen Länder können Rußland und Amerika dazu bewegen werden, in den Völkerbund einzutreten, der unmächtig ist, solange beide ihm fern bleiben. Denn Coudenhove-Kalergi glaubt, es gäbe zurzeit sechs Weltreiche.

1. den Völkerbund von Genf,
2. die Londoner Liga des britischen Empiriums,
3. die Moskauer Liga kommunistischer Staaten,
4. die Panamerikanische Union und
5. das Chinareich (400 Millionen Einwohner).

Schließlich haben wir als 6. den europäischen Kontinent, der das einzige Ländergefüge ist, welches noch unorganisiert daliegt.

„Derjenige Staatsmann, der eine erste paneuropäische Konferenz zur Lösung der Europaprobleme einberufen wird, der hat sich mehr Verdienste um die Menschheit erworben als Hunderte von Königen und Königen“ hieß es einmal vor drei Jahren im ersten Aufruf des Pan-Europa-Bureaus.

Macdonald hatte einmal kurz nach Antritt seiner Regierung die Absicht, eine besondere Europakonferenz zusammenzurufen. Beseich griff den Gedanken später auf. In Deutschland war ebenfalls schon wiederholt von den „Vereinigten Staaten von Europa“ die Rede, und auch Wainlevé spricht in vertrautem Kreise manchmal davon. Aber noch keiner wagt sich zur Tat. Jeder hat Angst vor dem andern.

Durch die Schaffung des Völkerbundes mag Wilson den zweiten Schritt vor dem ersten getan haben. Aber jetzt, da das fernere, nämlich der Völkerbund, schon einmal besteht, darf man nicht das junge Kind als Frühgeburt behandeln, sondern man muß es als zeitlich ebenso notwendig ansehen wie den besonderen Europabund.

Die künstliche Einteilung des europäischen Kontinents in zahlreiche selbständige Wirtschaftsgebiete soll einer frühern Zeit angehören. Das gesamte wirtschaftliche Leben Europas muß daher neu begründet werden, wobei es mit dem Schuzoll endgültig aus sein muß. „So ließe sich allmählich eine paneuropäische Zollgrenze schaffen, die die sicherste Friedensgarantie für Europa wäre“ sagte Kalergi.

An seinen Ideen mag viel anzusetzen sein. Aber im Grunde seines Willens hat er recht: Wir brauchen Europageist.

Der „Retter“ soll rütteln.

Die deutsch-nationale „Kreuzzeitung“ veröffentlicht ein Telegramm, das der berühmte Scharfmacher Oberleutnant a. D. Duesterberg angeblich im Namen von 500 Stahlhelmführern aus dem Bezirk Halle-Merseburg an den „hochgebietenden Herrn Generalfeldmarschall“ gesandt hat. Diese Kundgebung, die von maßlosen verleumderischen Angriffen auf die Linksparteien froh, verlangt vom „Retter“, das deutsche Volk gegen den Pakt anzurufen. Wörtlich heißt es da:

Rütteln Herr Generalfeldmarschall das deutsche Volk auf, das ebenso unaufgeklärt wie teilnahmslos in die zukunftsweisenden Tage hineintaumelt wie einst bei den Unterjochten von Versailles, Spa und den Doves-Gefechen, die Deutschland seiner Hoheitsrechte beraubten und seine Wirtschaftsgrundlagen zerstörten.

Eigentlich sollte dieses Telegramm aufrüttelnd auf die Regierung wirken, und zwar insofern, als sie die Notwendigkeit endlich erkennen müßte, Klarheit über die Haltung der stärksten Koalitionspartei — zwei Wochen vor der Konferenz — zu schaffen.

Aber wo ist überhaupt die Regierung? Sie wagt anscheinend gar nicht, zusammenzutreten, aus Angst, daß sie über die erste grundsätzliche Beratung auseinanderplatzt. Der Reichskanzler ist heute noch auf Synt, morgen läßt er sich mit Hindenburg in Bochum als Befreier des Ruhrgebiets feiern, worüber die Sozialdemokraten mit großen Jubel — und Lärm

Dann wird allerdings eine Klarstellung nicht mehr hinauszufragen sein. Sogar Herr Schiele wird seine Ministerferien unterbrechen und Farbe bekennen müssen. Bei diesem Gedanken allein herrscht aber schon jetzt in der Wilhelmstraße in Berlin eine latente Krisenstimmung. Mit jedem neuen Tage mehrten sich die Zweifel, daß es gelingen wird, den Geist des Völkerbundes mit dem Geiste des Stahlhelms zu versöhnen. Herr Luther wird sich aber doch entscheiden müssen, ob er die ganze zivilisierte Welt gegen Deutschland aufbringen oder den Kampf mit den Duesterberg und Konfession aufnehmen will.

Der Völkerbund.

Das wichtigste Ereignis in der Dienstagvormittag-Sitzung des Völkerbundrats war eine großangelegte Rede Louchours über die geplante internationale Wirtschaftskonferenz. Die schwierige Lage Europas, so führte der Redner aus, erkläre sich aus wirtschaftlichen Gründen. Der Krieg sei aus Wirtschaftskonflikten entstanden. Er habe die allgemeine Lage nur verschlimmert. Heute verhindern die Verschiedenheit der Grenzen, die Zollschwierigkeiten, die schwierigen Probleme des allgemeinen Verkehrs, die Beschränkung des Weltmarktes und die Zerrüttung der Währung nicht nur einen Wiederaufbau Europas, sondern der ganzen Welt. Man müsse deshalb diese Uebel bei der Wurzel erfassen, um sie zu heilen. Man habe schon verschiedene Heilmittel vorgeschlagen. Aber alle seien ungenügend gewesen. Es sei deshalb um so erstaunlicher, daß man in einer Zeit, wo nur eine allgemeine internationale Verständigung helfen könne, in jedem Lande einen wirtschaftlichen Nationalismus finde, der alle Versuche zunichte mache, indem er die Grenzen schlicke. Das Problem des allgemeinen wirtschaftlichen Aufbaues sei das dringendste, das sich heute darbiete. Nicht der Abschluß internationaler Verträge könne helfen, sondern man müsse zwischen den verschiedenen Produktionsländern genaue Vereinbarungen treffen über die Verteilung der Menge der herzustellenden Produkte. In diesem Sinne müsse das Problem durchgeführt werden.

Louchour brachte dann namens der französischen Regierung folgende Entschlüsse ein: Die Versammlung fordere den Rat auf, ein vorbereitendes Komitee einzusetzen, das mit Unterstützung der technischen Organe des Völkerbundes und des Arbeitsamtes, die Vorarbeiten für eine internationale Wirtschaftskonferenz treffe. Die Einberufung dieser Konferenz wird von einer Entscheidung des Rates abhängig gemacht. Der Zweck der Konferenz besteht darin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich der Wiederherstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Blüte entgegenstellen, zu untersuchen und ebenso die besten Mittel zu finden, um die Schwierigkeiten der Arbeitskonflikte jeder Art zu beseitigen.

Die Reichswehrmanöver.

Die in der bürgerlichen Presse durch spaltenlange „Kriegsberichte“ verherrlichten Reichswehrmanöver neigen sich dem Ende zu. Dank der Disziplin der Arbeiterbevölkerung in Sachsen und Thüringen und der Bewohner der westpreussischen Grenzstreifen ist es nirgends zu irgendwelchen Zusammenstößen mit der Truppe gekommen. Lediglich in der Gegend von Marienburg, wo das Manövergelände ausgerechnet in ein bis zu 45 Prozent polnisch sprechendes Gebiet verlegt worden war, sind „unfreundliche“ Handlungen gegen die Truppe vorgekommen, durch „Drahtseilfallen“ für die Autos der Stäbe und durch Quartierverweigerung.

Wie unsere Parteiblätter aus Thüringen melden, sind die Reichswehrsoldaten in den Proletarierhäusern der mitteldeutschen Spielwarenindustrie viel freundlicher aufgenommen worden wie in den vom Bürgertum beherrschten Städten. Die Kreise, die sonst mit den herrlichsten Worten nach unserer „prächtigen“ Reichswehr riefen, wenn sie gegen Proletarier marschieren sollten, haben sich als Gastgeber der erschöpften Truppe viel weniger Einschränkungen auferlegt wie der thüringische Kleinbauer und der jüdeli geistmüde Prolet.

In Weidenburg wurden die Herbstübungen mit einer großen Parade vor Hindenburg, in Thüringen vor General von Seckl abgeschlossen. Am Donnerstag findet in Süd-

bayern eine große „Revue“ über die 6. Division statt. Dann bläst wohl auch hier endgültig über Herrn Weßlers Reklamemanöver „das Ganze halt!“.

Herbstmanöver.



„Parade ohne S. M. is Trauerparade. Einzige Mission, die Reichswehr hat, is, uns Ungariern schlechte Kavalleriepferde zu guten Preisen abzunehmen!“

Preussische Finanzverwaltung.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags erledigte am Dienstag die Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1925 und die damit verbundene Besprechung der dritten preussischen Steuernotverordnung.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Lüdemann begrüßte die Herabminderung des Schulbetrags von 460 Millionen auf 231 Millionen und betonte, daß auch dieser Betrag noch wesentlich verkleinert werden könne, zumal zum Vorjahre Ueberschüsse in Höhe des angegebenen Defizits zur Verfügung ständen. Es bestehe daher keine Notwendigkeit, die besonders von den Deutschen nationalen geforderte Erhöhung der Hauszinssteuer vorzunehmen. Im übrigen untertrug Abg. Lüdemann die Ansicht des Finanzministers, daß die Finanzgebarung des Reiches zum deutschen Einheitsstaat hinführe.

Die Abg. Schwering (Str.) und Falk (Dem.) sprachen sich im Sinne Lüdemanns für eine Unterfütterung der Finanzpolitik des Kabinetts aus. Der frühere Finanzminister der Deutschen Volkspartei Richter bestritt die Auffassung des Finanzministers über die zwangsläufige Entwicklung zum deutschen Einheitsstaat. Demgegenüber forderte der Sozialdemokrat Baentig nicht nur den finanzpolitischen Zusammenschluß der deutschen Freistaaten, sondern darüber hinaus die Förderung eines finanzpolitischen Zusammenschlusses der europäischen Länder.

Finanzminister Götter-Aischaff erklärte, das Defizit werde sich auf 221 bis 224 Millionen beziffern. Wenn die freie Bauwirtschaft angelegt werden sollte, dann müsse eine Erhöhung der Miete kommen. Am 1. April 1926 müßte die Miete 100 Prozent der Friedensmiete betragen. Selbst wenn die Hauszinssteuer beseitigt werden könnte, müßte der Mieter am 1. April diese 100 Prozent bezahlen. Der Fonds für Neubaue sei vom Wohlfahrtsministerium in folgender Weise verteilt worden: 101 Millionen für Hauszinssteuerhypotheken, 10 Millionen für landwirtschaftliche Siedlungsbauten, 3 Millionen für die Landesplanbroschüre, 2,75 Millionen für Pensionskassen, 10 Millionen für Kautschuk für Beamtenwohnungen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Neher (Solingen) verlangte eine grundsätzliche Aenderung des Erhebungsverfahrens bei der Hauszinssteuer und die Verwertung des gesamten Aufkommens aus dieser Steuer nur für Wohnungsbau.

Die vorliegenden Anträge zur Hauszinssteuer wurden zurückgestellt bis zu ihrer endgültigen Regelung durch eine bereits angekündigte Resolution. Der Etat wurde angenommen.

Optantenfürsorge ist Reichsache.

Die Gehe, die von der deutschnationalen Presse wegen der vorübergehend starken Belegung im Schneidemühlener Optantenlager gegen den preussischen Innenminister Sebering entfacht wurde, brach am Dienstag bei den Beratungen des Ostauschusses des Landtags völlig zusammen.

Wende (Soz.) brandmarkte scharf die Maßgaben, deren sich die Deutschnationalen bei der Bekämpfung des Innenministers zum Schaden des deutschen Volkes bedient haben. Allen Versuchen einzelner deutschnationaler und deutschböhmischer Abgeordneter, die Angriffe zu erneuern, traten die Sozialdemokraten Decker und Hamburger wirksam entgegen. Sie wiesen ferner darauf hin, daß noch zahlreiche polnische Arbeiterfamilien in Werkwohnungen sitzen, wodurch die Unterbringung der Optanten erschwert wird, und warnten vor jedem Mißbrauch der Optanten als Streikbrecher gegenüber streikenden und ausgesperrten Arbeitern.

Der Vertreter des Innenministeriums entwickelte das Wohnungsbauprogramm für die Optanten, das bereits in Angriff genommen ist und mit dessen Durchführung die Unterbringung der heute noch im Schneidemühlener Lager befindlichen 2500 Personen fast reiflos ermöglicht wird. Die Angaben über die bisherigen Aufwendungen für die Unterbringung und Arbeitsvermittlung ließen erkennen, daß das Reich seinen Verpflichtungen noch nicht in dem Maße nachgekommen ist, wie es das Optantenland verlangt, und daß bisher eine übermäßig große Last von Preußen getragen werden mußte.

Zum Schluß nahm der Ausschuß einstimmig einen Beschluß an, wonach das Staatsministerium von der Reichsregierung verlangen solle, daß zur Befreiung der Optanten und zur Unterbringung und Einführung der Optanten in das Wirtschaftsleben im weitesten Maße Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, da die Ausweisung der Optanten als Folge des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages zu Lasten des Reiches zu gehen habe.

Banken und Volkswirtschaft.

Der 6. deutsche Bankiertag, der in Berlin die Sachwalter des deutschen Finanzkapitals vereinte und von nicht weniger als 1200 Bankiers besucht war, beschäftigte sich an erster Stelle mit einem Problem, dessen Bedeutung auch der deutschen Arbeiterschaft nicht einbringlich genug vor Augen gehalten werden kann. Die Zahl der Arbeitsstunden, die durch die verheerenden Folgen der Kreditkrise verloren gehen, ist immer noch außerordentlich hoch; Störungen im Betrieb infolge Mangels an Kapital zur Finanzierung der Produktion und des Absatzes sind noch immer an der Tagesordnung und berauben an zahllosen Stellen immer wieder Teile der Arbeiterschaft ihrer Verdienstmöglichkeit. Das Kapitalproblem aber kann nur im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft gelöst werden, und darum durfte man von dem Bankiertag erwarten, daß er zu dieser Frage positive Vorschläge einer Lösung machen würde. Dabei mußten sich die Bankiers dessen bewußt sein, daß ein großer Teil der Fehler, die das deutsche Kreditwesen so schwer geschädigt haben, bei ihnen selbst zu suchen ist. Wenn sie das erkannten, so mußten sie neue Wege zur Besserung der Kreditverhältnisse weisen.

Das ist nicht geschehen. Die Resolution, die nach den beiden Hauptreferaten gefaßt wurde, betont wieder mit der üblichen Schärfe die Fehler, die an anderer Stelle gemacht wurden. Nur in einem einleitenden Satz spricht man von den Mängeln der Organisation und des Verfahrens der Kreditverteilung, und in den praktischen Vorschlägen erklärt man allenfalls, daß einer Verbilligung der Handelsunkosten die größte Aufmerksamkeit zu widmen sei. Im übrigen gehen aber alle Maßnahmen an die Adresse der andern.

Mit großer Schärfe wendet man sich gegen die Steuerpolitik des Reiches, die der Wirtschaft immer mehr Gelder entzieht, als notwendig ist. Weiter verlangt man die Wiederherstellung des Bank- und Sparfahrgeldes und beurteilt die scharfe Konkurrenz staatlicher und kommunaler Banken und Sparkassen. Nur an einer Stelle ein positiver Gedanke: Die Banken sollen von jetzt ab schärfer ihre Kredite danach orientieren, ob diese volkswirtschaftlich notwendig oder entbehrlich sind. Volkswirtschaftlich notwendigen Krediten ist in jedem Falle der Vorzug zu geben.

Diese Erklärung ist gut gemeint und es wäre ihr einige Wirkung zu wünschen. Wer aber ist der zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit gegebene Richter? Verläßt man sich nur auf das Urteil der Banken, so wird das Interesse am Geldgeschäft selbst und an der Sicherheit der Kreditgrundlagen immer wieder beim einzelnen Abfluß den Ausschlag geben. Geschieht das aber, so ist eine besondere Wirkung von einer solchen Mahnung nicht zu erwarten.

Zur Aufführung des Marquis von Reith.

Es war ein nicht ungefährliches Experiment der Volksbühne, ein Stück wie den „Marquis von Reith“ ihren Mitgliedern vorzuführen. Wir wollen sie darum nicht jodeln: wer nichts mag, gewinnt nichts. Warum soll nicht auch einmal ein Vorwurf in diese Welt des Dramas gemacht werden, die vom Stadttheater, wohl mit Rücksicht auf bürgerliche Moralbegriffe, nicht gerade sehr liebevoll herabgelassen worden ist.

Wenige Dramatiker werden so gründlich mißverstanden wie gerade Bedeind. Die bürgerliche Weltanschauung, der er mit allen Dramen Krieg anfangt, sucht sich gewöhnlich mit der Spielform an ihm vorbeizubringen, daß er eigentlich schon vernünftig geworden sei und nicht mehr zur Verhöhnung fähig. Das Verfahren ist bequem: als jene Sünde neu herentrieben, erlöste der auch heute noch nicht überall verbannte Entschuldigungsformel: „Erweckung!“ Und heute, da die Moralbegriffe nicht mehr ganz festgesetzt sind und vor allem in der Emanzipation der Frau ein erschütternder Fortschritt begründet werden kann, ist man ihm, hat ihn als Kämpfer für diesen Fortschritt zu begreifen und eine alle Danceschmäh einzulösen, verächtlich mit einem Achselzucken ab. Das ist die bestellte Spielerei: erst wird der Künstler verhöhrt, dann mit der Begründung: den nimmt ja doch niemand mehr ernst, verläßt.

Ganz so leicht ist ein Bedeind nicht zu erledigen. Auch nicht durch eine Fälschung, die sich dem Spektakelgewinn ergibt — vielmehr unterwirft —, als dem „Marquis von Reith“ einen Fälschungswort magst und damit den Feinden Bedeinds eine Waffe in die Hand drückst, von der gerade hier in Augsburg die bürgerliche Presse einen recht ansehnlichen Gebrauch gemacht hat. Es wird jedoch sein, einen Reiz dieser Fälschungsmittel haben zu überlegen, daß wie es ja schon in den „Moralisatorien“ der Volksbühne darzulegen verstanden werden ist, Bedeinds Drama einer durchaus ernsthaften, ja tragischen Bedeutung entspricht.

Nichtiges Begriffs des „Hebermenschen“ ist uns noch tief im Fleische. Der Marquis von Reith ist eine Art Hebermenschen, jedoch nicht herkömmlich angesehen wie das Geschöpf des Mythos, sondern mitten in den Strudel des modernen Lebens hineingeworfen. Die Revolution der Moral, die unsere Sündenlust zu ganz dem „Wort“ in die Spitze schieben, ist ebenso wie die moralisatorische Weltanschauung, die dem Bürgertum ausgegangen, und zwar dem Großbürgertum, von der Kapitalistenklasse. Die liberale Lehre vom freien Spiel der Kräfte bedeutet den Kampf aller individuellen Interessen: das Selbstvergnügen — nämlich das lauzelstrüßige des Unternehmers — wurde erstreckt und auf die Gesellschaft übertragen. Es konnte gar nicht ausbleiben, daß dieser Gesellschaft auch die Fesseln

zerrit, die die Rücksicht auf den Mitmenschen ihm auferlegt hatte: die Moral. Dieser Individualität oder Hebermenschen, das getreue Abbild des von allen wirtschaftlichen Rücksichten unbeschränkten Kapitalisten, ist von Haus aus „amoralisch“ — er scheut sich, der herrschenden Moral geradezu ins Gesicht zu schlagen, dazu ist er dem doch noch zu bürgerlich. Vielmehr stellt er sich außerhalb der Moral, die er für andre, wirtschaftlich Schwächere, erbaltsen wirken will und sogar selbst erhalten hilft. „jenseits von Gut und Böse“. Man erkennt auf dem ersten Bilde, wie fadenziehend und trügerisch eine Revolution der Moral ist, die nur den oberflächlichen Freieren, den wirtschaftlich Unabhängigen, zugute kommen soll. Man reißt offene Türen ein. Die Kerker zu öffnen, in denen die wirklich Gefangenen und Gedemütigten schmachten, daran denkt niemand von den „Hebermenschen“. Im Gegenteil: sie haben einen instinktiven Haß gegen alle Schwachen und Kranken, die sie lieber heute als morgen ausrotten möchten, mit „Schlagern“ des Krieges und andern Eisenartikeln. Auch das gehört, als die Schreie der Jungen, zu Reiths Lehre.

Die Sozialisten können als Zuschauer beobachten, wie die bürgerliche Literatur das Bürgertum moralisch zersprengt. Jede eigene Kunst stellt eben über den Parteien und auch, ob sie will oder nicht, an den Schäden der Zeit Kritik üben. Das Drama zumal ist die eigentliche Gerichtsstätte. Gatten im 18. Jahrhundert das Bürgertum Rosarose und Abel vor dieses Tribunal gezerrt — mit „Gaulia Galati“, mit „Kabal und Liebe“ —, so charakterisiert das 19. Jahrhundert der Kampf gegen das Kleinbürgertum, angefangen mit Hebbels „Maria Magdalena“. Es folgt als weit jüngerer Kämpfer Genril Hben, der die Ehe zum erstenmal in ihrer Verlogenheit enthüllt, und auf seinen Schülern Franz Bedeind. Hatte Hben etwas wie eine Hoffnung auf ein reineres, aufrichtigeres Leben übriggelassen — eben im „Kulturbau“ —, so erstickt Bedeind auch diesen letzten Rest. Die Ehe ist für ihn undenkbar. Die Geschlechtsheiligkeit der Frau, sei es als die angestrebte Reihung des Mädchens bei der Ehe, als das Marquissium der alten Jungfer, oder als die Heiligung der Witwe, entsanden jenen Jern. In „Sidalla“ hat er ihn den heiligsten Kadaver darleben, in der „Büchse der Pandora“ gezeigt, wie das Gift die Götter selber, die Kämmer, die sich diese Unterjochung des Weibes zu ihren Gunsten ausgedacht haben, bezeugt. Das Bild der Gesellschaft, wie es sich ihm bietet, preißt die Karikatur. So ist auch sein Drama von Jansons nicht frei. In seiner oft unermittelten Fälschung mit dem glühenden Pathos des Kämpfers und Predigers bezieht die Eigenart Bedeinds, der, selber ein Kind dieser angeklärten Gesellschaft, sie nicht mehr ernst zu nehmen vermag. Dazu wirft er das Schwert dem sich und greift zur Revolverpistole. So etwa am Schluß des „Marquis von Reith“, wenn sein Held die Pistole, die ihn aus einem unerträglichen Dasein erlösen müßte, wegschleudert und mit dem gewöhnlich ge-

schnadvollen Worte „Das Leben ist eine Aufstiegsbahn“ zehntausend Mark in die Brusttasche steckt, um sein Hochkaplerdasein anderswo fortzuführen.

Trotzdem ist diese Figur des Abenteurers, der sich einen französischen Adelsstitel angehängt hat, um die Bürger desto leichter zu blenden, durchaus kein Witz. Sie ist auch mehr als ein naturalistischer Ausschnitt aus dem Leben: sie ist Symbol für dieses Leben selbst, wie es sich in den höheren Kreisen der Gesellschaft abspielt, um 1900 und wie es sich heute erst recht abspielt. Dieser satanische Kerl, der dem Idealisten Scholz, seinem Gegenpieler — einem Aristokraten, der sich, umgekehrt wie er, ins Bürgertum geflüchtet hat —, das Mark aus den allerdings schon brüchigen Knochen und das Geld aus der Briefftasche saugt, ist das Produkt einer Zeit, die nur den geschäftlichen Erfolg anerkant. Einen „Heenpalast“ hat er erbaut, für den alle finanziellen Grundlagen fehlen; die Bürger haben ihm ihr Geld dafür anvertraut, weil er ihre Spekulationswut zu fesseln und mit wertvollem Patronat eines Großkapitalisten zu renommieren verstand. In seiner hemmungslosen Egozucht umgibt er sich mit Weibern, die ihn aber wiederum selber umstricken und umrinnieren. Der Freund, der Junge, die Gefährtin gehen ihm ins Garn und zerbrechen an ihm. Wer seine geliebte Alma fliegt dem Manne zu, der erfolgreicher spekuliert hat als er, dem neuen Besitzer des „Heenpalastes“. Von tiefster Einprägbarkeit ist die Szene, in der das Proletariat hereinbringt mit der Leiche der Frau, die um feindwillen ins Wasser gegangen ist. Das ursprüngliche, unberühmte und unberauschte Volksempfinden will den Schädling zur Rechenschaft ziehen — da scheucht der Großkapitalist sie mit einem Wink wie räudige Hunde hinaus. So was erledigt man in der besten Gesellschaft nicht mit Säufen und Abjagen, sondern mit der Briefftasche. Nur leimen Skandal — man hat ja selber Dred am Steden. Hier ist Geld — Sie reifen hoch ab, nicht wahr? Natürlich reißt er ab, vom Fleck weg, von der toten Frau weg, und fängt anderswo seine Geschäfte wieder an, deren rentabelstes sich auf die Moral gründet: auf die der Minderbemittelten nämlich, der Kleinbürger, über die man dank seiner gesellschaftlichen Verbindungen und feiner biden Briefftasche hoch erhaben ist. Man steht Gott sei Dank — jenseits von Gut und Böse“.

Ist dieser „Marquis von Reith“ ein Fastnachtsstuck oder ist er nicht vielmehr ein zermalmandes Gericht, das über unsre Zeit — auch über unsre alternächste und gegenwärtigste Zeit — gehalten wird?

Aus dem Musikleben. Gustav Bink, Mitglied der Kammermusikvereinigung des Konfunktlervereins, wurde nach erfolgreichem Profispiel für das Gewandhausorchester in Leipzig mit der Antispezialmusik Kammermusik verpflichtet. Wir gratulieren.

Krach im Kommunistenlager.

Die Tragikomödie, die seit langem von der sogenannten kommunistischen Partei aufgeführt wird, nimmt nach dem Prügelbrief der Moskauer Exekutive groteske Formen an, besonders in Berlin und Magdeburg. In diesen beiden Bezirken geht alles drüber und drunter. Zwar hat die deutsche Zentrale in Berlin und anschließend eine Konferenz der politischen Redakteure und Sekretäre die Moskauer Prügel als wohlverdient eingestuft, wohl hat — aus Futterkrippeninteresse — selbst die durch den Moskauer Brief aus der Zentrale herausgegebene Ruth Fischer der Berechtigung der Moskauer Klage vorbehaltlos zugestimmt, aber die „Ganzlinker“ unter den kleineren Berliner Funktionären machen da nicht mit. Sie sagen in zwei Resolutionen alles und allen den Kampf an: Kampf gegen Moskau, weil es die linke Parteipitze, Maslow und Ruth Fischer kassiert; Kampf gegen Ruth Fischer, weil man bei ihr — man höre und staune — schon lange vor dem Moskauer Briefe „rechte Abweichungen“ entdeckt haben will. Nachdem das festgestellt ist, heißt es in der einen Entscheidung:

Darüber hinaus hat Ruth Fischer die Berliner Mitglieder ständig und bewußt getäuscht, um ihre prinzipienlose Politik durch die Unterschrift unter den Brief des Ekki abzuschließen und zu krönen. (11) Ruth Fischer und Maslow haben durch ihre rechte Politik auch die geringste Unterstützung verweigert.

In der andern Entscheidung der Berliner Funktionäre wird eine noch kräftigere Sprache gegen Moskau geredet und zum Kampfe geblasen:

Wir fordern daher alle ehrlichen linken Genossen, gleich wo sie stehen, auf, sich um die Fahne der alten linken Politik zu scharen und auf folgender Grundlage die entschlossene Bekämpfung der Rechten durchzuführen.

1. Entschiedenem Zurückgreifen auf die Festlegung der Einheitsfront als einer Methode der Agitation und revolutionären Mobilisierung der Massen, eine Einheitsfront vorwiegend von oben, keine Bündnispolitik mit Führern konterrevolutionärer Organisationen, keine vorwiegend parlamentarischen Aktionen ohne Massenbewegung.

2. Entschiedene Ablehnung der Percinnahme einer bankrotten rechten Führergruppe in politisch und gewerkschaftlich beherrschende Positionen der Partei (Fall Walcher usw.).

3. Zurücknahme aller politischen Maßregelungen linker Funktionäre.

4. Volle Diskussionsfreiheit, bis zur Klärung aller Mißverständnisse aller Gruppen, besonders aber der Linken.

5. Stärkstes Eintreten für die Einheit der Partei gegen die rechten Spalter.

In diesem Klamauf mag sich zurechtfinden wer da will. Länger ertragen kann ihn nur ein völlig verholtes wiesiertes Gehirn; wer noch einige seiner fünf Sinne beisammen hat, kehrt diesem Tollhaus den Rücken. Denn über dem Ganzen kreist der Pleitegeier. Moskau hat ihn schon lange freien sehen und ihn durch demokratische Reformen und durch schroffes Vorgehen gegen die Verantwortlichen der deutschen ultraradikalen Markenhauspolitik zu verheulen versucht. Wie das Berliner Beispiel lehrt, vergeblich. Und das böse Berliner Beispiel wird auch nachträglich in den Bezirken ein Echo erwecken, die, getrennt ihrer jahrelangen Erziehung zu geistigen Eunuchen und dem anerzogenen Kadavergehorsam gegen Moskau folgend, dem Briefe der Exekutive im ersten Schreie zustimmten. Zu diesen Bezirken gehört Magdeburg-Anhalt, wo man ob der Moskauer Prügel Galleluja singt und diese herrliche Strafe durch Selbstkasteiung zu verschärfen sucht. Dabei kam der bisher in diesem Bezirk vergötterte Parteisekretär Grube unter die Räder, und, edel kommunistisch, wird er in widersprüchlicher Weise von denen jetzt mit Fußtritten bedacht, die gestern noch vor dem Allgewaltigen auf dem Bauche rutschten. Das hat sich dieser müßige Sekapostel allerdings ehrlich verdient. Seine Mißtaten gegen die Arbeiterbewegung beginnen sich zu rächen.

Grube-Angst in Magdeburg.

Die „Linken“ und die noch „Linkern“ und die „Merlinken“ in der Weltrevolutionärsfiliale Magdeburg sind in der Funktionärspolitik arg in die Pfanne gehauen worden. Das ist des Rätsels Lösung, warum der Bericht darüber im Kimmelblättchen nur brockenweise verabreicht worden ist, so daß der erste Bericht hinter dem ersten Diskussionsredner sich schloß mit (Fortsetzung folgt).

Um diese Fortsetzung konnte sich das Blättchen nicht herumdrücken, und so ließ man denn in der nächsten Nummer den inzwischen sorgfältig zurechtgestutzten Kinofilm weiterlaufen. Das reinste Gaudium. Reichstagsaufkämpfer Grube kommt dabei am schlechtesten weg. Er, der den Demokraten Probauß im Reichstag so kühn ins Auge schlug, sowie die Stadtverordneten Kagner und Ködel produzierten sich vor den Funktionären als Mamppe halb und halb: Für das widersprüchliche Schluden der Moskauer Prügel — selbstverständlich! Aber gegen das widersprüchliche Schluden der Moskauer Prügel durch die Berliner Konferenz — ebenso selbstverständlich! O Himmel hilf! Es nützte ihnen aber alles nichts. Koenen hat sie niedergelassen, Wilhelm Koenen, der geschmeidige Anpassungspolitiker.

Koenen ist klüger als Grube. Er bekennt sich gegen Moskau schuldig und gelobt Besserung, indem er gleichzeitig auf die in Ungnade gefallenen „Linker“ losprügelt:

Die Verantwortung tragen zunächst die, die als Hauptverantwortliche in der Zentrale saßen. Und das war die Gruppe Ruth Fischer-Maslow. Diese Gruppe muß jetzt genau so die Hauptverantwortung übernehmen, wie damals Brandier als Hauptschuldiger erklärt wurde. Selbstverständlich dürfen auch wir übrigen Mitglieder der Partei uns nicht von jeder Schuld freisprechen. Wir müssen die gemachten Fehler eingestehen und in Zukunft im Sinne des Offenen Briefes arbeiten. Dem Genossen Grube beipflichten, heißt, die Ruth Fischersche Theorie als richtig bezeichnen.

Dem armen Grube, der manchem eine Grube grub, und nun selbst hineingestoßen wurde, wird mancher sein Mitleid kaum verlagern können. Denn Krankheit vergeistigt selbst Tiere, und Grube gehört nun einmal im Augenblick zu den kranksten Gliedern am kommunistischen Parteikörper.

Das alles war aus der Fortsetzung des Berichts in der „Tribüne“ zu ersehen. Aber der Film lief auch in dieser Woche weiter.

Fußtritte für den Faustkämpfer.

Der in der kommunistischen Funktionärspolitik so elend unter den Schlitzen gekommene Grube griff nun zur Feder. Wozu ist er denn auch „Verantwortlicher“ des Kommunistenblättchens? In einem langen Artikel sucht Grube in der Dienstanummer der Zeitung seine zweideutige Haltung zum Diktat der Exekutive als den Gipfel kommunistischer Weisheit hinzustellen. Dabei eckt er bei der Redaktion an, die ihn dafür am andern Tage auf eine Weise öffentlich rüffelt, bloßstellt und verhöhnt, wie es nur diese jeden Antandgefühls bare Redaktion fertigbringt. Dieselbe Redaktion, die gestern noch mit Grube durch dick und dünn ging, die zu ihm auf dem Bauche herangekrochen ist, von diesen recht jungen Leuten erhält Grube den ersten Fußtritt. Es mutet trotzdem an wie rächende Nemesis. Eine kommunistische Geldkarriere begann mit einem Faustschlag in das Auge eines politischen Gegners, sie endet mit einem Tritt in die vier Buchstaben, den ihn die beibringen,



Der neue Sowjetstern.

deren Charakter zu verderben der Gestäubte sich stets die größte Mühe gegeben hat.

Aber die „Tribüne“-Leuten, die unter Preisgabe ihrer sonstigen angeblichen Grundsätze, um den Anschluß an Moskau nicht zu verpassen — Herr, wer soll mich speisen? Herr, wer soll mich kleiden? — ihre Führer von gestern anspeien, kennen ihren Lehrmeister Grube sehr genau. Söhnisch rufen sie ihm zu:

Genosse Grube ist weder Lokomotivführer noch Weichensteller. Er steht an der Weiche und wartet der Dinge, die da kommen sollen. — Will erst sehen, wie die Lokomotive läuft. Dann will er sich in den letzten Wagen aufschwingen und nach vorn gehen. Hoffentlich verpaßt er nicht den Anschluß.

Das war deutlich, und Grube hat diesen Wink mit dem Jaunpfahl verstanden. In der letzten Nummer des Blättchens tritt er einen jähmlichen Rückzug an. In einer Erklärung geschieht es, deren Sinn dunkel und deren Deutsch „holschewitsch veredelt“ ist. Immerhin kann man daraus erraten, daß Grube inzwischen die Windrichtung festgestellt hat und sich Mühe geben will, den Anschluß an die meckende Kuh Moskau nicht zu verpassen. Ob er aber nicht schon zu weit über Bord hängt?

Sich oben freist der Pleitegeier über einem überflüssigen und schädlichen Parteigebilde. Und unten jagt sich eine korrupte Führerschaft die letzten Futterplättchen ab. Die Proleten aber stehen ratlos dabei und wissen nicht, was sie von dem ganzen Theater halten sollen. So ist denn in der „Tribüne“ über eine Abstimmung des Bezirks Neue Neustadt der Moskauer zu lesen, daß dem Briefe mit 6:5 bei 21 Stimmenthaltungen zugestimmt wurde. Ueber andere Bezirke schweigt man sich ganz aus, um nicht zu veraten, daß nur sieben Mann anwesend waren. Diese stimmten „mit großer Mehrheit“ zu.

So sehen die „gewaltigen Mehrheiten“ der Kommunisten aus. Interessanter aber sind die 21 Ratlosen unter den 32 Neue Neustädtern. Sie merken: heute hotte und morgen hüh, das muß recht faul sein. Und es dümmert ihnen, daß sie zu ihrem Schaden und zum Schaden der ganzen Arbeiterbewegung jahrelang einem elenden Komödiantenpaar nachgelaufen sind, das weiter nichts konnte als heken, verleumden und zersplittern, das selbst im Abtreten noch von der politischen Bühne einen ekelhaften Gestank verbreitet.

Notizen.

Die Einladung überreicht. Am Dienstag mittag 12 Uhr hat der französische Botschafter de Margerie dem Reichsaußenminister Stresemann das angelegentlichste Memorandum übergeben. Es wird Donnerstag früh veröffentlicht werden. In dem ganz kurzen Schriftstück wird lediglich festgestellt, daß nach der Auffassung der alliierten Regierungen, entsprechend ihrer früheren Anregung, es wünschenswert erscheint, nunmehr eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort für die Tagung wird nicht genannt. Hinsichtlich des Zeitpunkts erachten die Alliierten die Zeit gegen Ende September, Anfang Oktober für geeignet, Zeitlagen das vor und erwarten eine Antwort der deutschen Regierung. Der englische Geschäftsträger, Addison, ist gegen 11 Uhr beim Außenminister Stresemann in der gleichen Angelegenheit erschienen. Die Antwort der deutschen Regierung wird erst nach der Kabinettsitzung, die auf kommenden Montag einberufen ist, gegeben werden können. Der Ausbruch „Ministerkonferenz“ scheint die Teilnahme von Ministern jeglicher Art zuzulassen, es dürfte also nichts im Wege stehen, daß Schiele den Sicherheitspakt mit ausmacht.

Das Meineidverfahren gegen Ehrhardt. Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat der Staatsgerichtshof nur das Hochverratsverfahren gegen Ehrhardt eingestellt. Der Staatsgerichtshof hat aber ausdrücklich festgestellt, daß das Verfahren gegen Ehrhardt wegen Meineids und wegen Ver-

hilfe zu dem Meineid der Prinzessin Hohenlohe weiterläuft. Die Aufhebung des Haftbefehls gegen Ehrhardt ist unter diesen Umständen unverfänglich.

Ein Reichsbannermann von Bölschens erschossen. Als am Sonntagabend drei Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Sanik bei Rostock nach dem Bahnhof gingen, begegneten ihnen im Dorfe drei Katenkreuzler, die aus einer Gastwirtschaft kamen und angetrunken waren. Ohne jeden Anlaß rumpelten die Bölschens die Reichsbannerleute an und gingen zu Tätlichkeiten über. Das Reichsbannermitglied Richard Wollow aus Sanik verbat sich diese Belästigungen. Darauf zog einer der Bölschens, der 20jährige Heinz Schmidt, einen Revolver und gab mehrere Schüsse ab, von denen einer Wollow durch den Hals ging und ihn tödlich verletzte. Der Täter und seine Begleiter, der 18jährige Sohn eines Mauermeisters aus Sanik und ein ortsanfässiger Wäderegele, wurden verhaftet.

Englische Note über Moskau. In der Moskaufrage richtete die englische Delegation eine Note an den Völkerbundsrat, daß die Türkei an der Grenze des Irak zur gewaltsamen Räumung der von Christen bewohnten Gebiete schreite. Man betrachtet diese Maßnahme als einen neuen Versuch, auf die Nationalisierung einen Druck auszuüben. Der allgemeine Eindruck ist, daß eine Entscheidung noch auf dieser Tagung gefällt werden müsse, um kriegerische Verwicklungen im nahen Osten zu verhüten.

Das Parlament bleibt in den Ferien. Der französische Ministerpräsident Painlevé hat im Ministerrat erklärt, daß das Parlament erst Ende Oktober, voraussichtlich am 27., zusammenzutreten wird. Das bedeutet eine Ablehnung der sozialistischen Forderung auf sofortige Einberufung des Parlamentes.

Depeschen.

Bericht der Reichstagsfraktion.

ab Heidelberg, 16. September. (Radio.) In der Mittwochssitzung des Parteitag's erstattete Stell den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:

Raum in einer Session des Reichstags ist so umfangreich gearbeitet worden wie in der letzten. Eine Fülle von Materialien sind in Angriff genommen, viele Gesetze sind erledigt worden. Was der arbeitsunfähige Reichstag vom Mai 1924 veräumt hatte, mußte der Reichstag vom 12. Dezember 1924 in seinem ersten Tagungsabschnitt nachholen. Er mußte den Gesetzmachern der Staatsverwaltung, den die Währungsstatistik aus den Angeln gehoben hatte, wieder in geordnete Bahnen bringen. Diese Aufgabe hat der Reichstag im wesentlichen erfüllt. Allerdings nicht in dem Geiste des schönen sozialen Gedankeninhalts der Verfassung der deutschen Republik, sondern in einem Geiste, der als höchstes Ziel hatte die

Befriedigung des materiellen Egoismus,

der wieder zu Macht und Einfluß gekommenen Oberhäupter des Volkes. Ich will die grundsätzlichen Gesichtspunkte, von denen die Fraktion bei ihrer Arbeit geleitet war, darlegen. Leichtert wird mir diese Aufgabe dadurch, daß es ernste und nachhaltige Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht gegeben hat. Wenn auch natürliche Unterschiede des Temperaments, des Werdeganges und der geselligen Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder zu einer verschiedenen Beurteilung der Situation führten, so besteht doch keine geschlossene Linke und Rechte wie früher, und von Sondergruppen einzelner Fraktionsgruppen ist mir wenigstens seit der Vereinigung nichts bekanntgeworden. Will man doch von einem sogenannten linken und rechten Flügel sprechen, so sind die galle nicht selten gewesen, in denen „linker Hand, rechter Hand alles vermischt“ war (Heiterkeit!), wo übende Draufgänger Rosenfeld an Radikalismus, oder der kritisierte Veb den Politiker Hermann Müller an Bedachtsamkeit übertrafen hat (Heiterkeit). Einzelne Meinungsverschiedenheiten konnten nicht verhindern, daß nach außen hin die Fraktion einheitlich gehandelt hat.

Die wenigen Ausnahmen waren ohne politische Bedeutung und beruhten lediglich auf ungenügender Information. Mir scheint auch in der Parteigenossenschaft im Reich keine ernste Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu herrschen. Nur hier auf dem Parteitag ist mir ein Mißverständnis des Genossen Sehdewitz im „Sächsischen Volksblatt“ zu Gesicht gekommen, der von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über unsre im Parlament zu treibende Politik spricht. Das hat mich überrascht. Genosse Sehdewitz wird ja Gelegenheit haben, die Fraktion von seiner höheren Einsicht zu überzeugen. (Sehr gut!)

Erfreulich war die Zurückgewinnung Köbes als Präsident, dieses Meisters in der Führung der Motte. Die Frist vom Mai bis Dezember war zu kurz, um die Wachsenden der Rechten aufzuhalten und die Wähler zur Vernunft zu bringen, die den gerissenen Demagogen der Rechten in die Falle gegangen waren.

Beschlagnahme des „Jung deutschen“.

Mb. Aachen, 16. September. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Beschlagnahme sämtlicher Exemplare der Zeitung „Der Jungdeutsche“ im besetzten Gebiet angeordnet.

Rusland besucht Mussolinis.

Mb. Moskau, 16. September. Heute fahren zwei Torpedoboots der Schwarzmeerflotte von Sebastopol nach Italien, um den Besuch italienischer Kriegsschiffe in Veningrad zu erwidern (Bei der Verwandtschaft der beiden Regierungen sind solche militärischen Zeremonien durchaus am Platze. Red.)

Der Marokkrokrieg.

Mb. London, 16. September. „Times“ berichtet aus Tanger über Schwierigkeiten der bei Morro Nuevo in der Alhucemasucht gelandeten Spanier. Vier von den Leichter-schiffen seien durch stürmische Wetter ernstlich beschädigt, Transportfahrzeuge und andre Schiffe durch Feuer der Rifbatterien geplatzt worden, es sich außer Schußweite zu begeben, wodurch der Verkehr mit dem Lande sehr schwierig werde. Die optimistische Beurteilung der Landung habe Majorgniffen Platz gemacht und das Problem, die große Zahl der gelandeten Truppen mit Wasser, Lebensmitteln und Kriegsmaterial zu versorgen, sei ernst geworden.

Mb. London, 16. September. „Daily Express“ meldet aus Fez, daß der 1500 Meter hohe Hibanberg, der seit Beginn der französischen Offensive mehrmals den Besitz gewechselt hat, und zuletzt in den Händen der Franzosen war, von den Rifleuten zurückerobert worden sei.

Madrid, 16. September. Aus Melilla eingelaufene Meldungen besagen, daß die spanischen Truppen sich in Morro Vieje eingerichtet haben. Das besetzte spanische Lager soll sich jetzt auch auf den Teil des Vorgebirges in der Alhucemasucht, der südlich der Linie Gebadille liegt, erstrecken.

Die Wirkung des Seemannsstreiks.

Mb. London, 16. September. „Daily Mail“ zufolge beträgt die Zahl der britischen Schiffe, die infolge der Streikbewegung in Australien, Neuseeland und Sidafrika in auswärtsigen Häfen stillliegen, 73 mit einem Gehalt von 4 Millionen Tonnent. Das Blatt sagt, auswärtige Schiffsahrtsgesellschaften machten sich diesen Umstand zunutze und suchten Passagiere und Ladungen zu befördern, die andernfalls von britischen Schiffen befördert worden wären.

Leo Fall gestorben.

Mb. Wien, 16. September. Der Operettenkomponist Leo Fall ist nach kurzer schwerer Krankheit heute nacht gestorben. (Leo Fall wurde bekannt und verdiente viel Geld mit seinen Operetten: „Der fidele Bauer“ und „Dollarsprinzessin“, Red.)

Billige Wäsche-Tage!

Wir verkaufen ab heute Mittwoch einen Posten leicht angestaubter

Kinder-, Damen-, Herrenwäsche

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Burg

Schartauer Str. 49
Telephon 496.

Julius Rode & Co.

Hermann Ebers.

Burg

Schartauer Str. 49
Telephon 496.

Gardinen-Zentrale

Fürstenufer Nr. 3, 1 Treppe
(Straßenbahn-Haltestelle Strombrücke)

Kein Laden! Keine Laden-Unkosten!

Direkt ab Werk Plauen,
daher billig und gut!

Gardinen vom Stück, in 75 verschiedenen Mustern	60 an
Halbstores in 95 verschiedenen Mustern	1.95 an
Künstler-Gardinen steil, in 80 verschied. Mustern	3.25 an
Madras-Garnituren in 6 verschiedenen Mustern	4.50 an
Bettdecken über 2 Betten, in 65 verschiedenen Mustern	8.00 an
Madras 130 cm breit, in 30 verschiedenen Mustern	2.50 an

ZENTRAL

Rur noch zwei Vorstellungen!
Heute Donnerstag u. morgen Freitag
Der große Erfolg!

Die Frau ohne Ruß

Musik von Walter Kollo.

Voranzeige!

Am Sonnabend den 19. September
Premiere

Das Radiomädel

Operette in 3 Akten von Hans S. Jerlett
Musik von Paul Weiner.

Der Kartendeckverkauf ist eröffnet.

FÜRSTENROSE ARKADIA

Eingang Prälatenstraße

Nur noch heute und morgen

stürmischer Lacherfolg

Wenn Männer schwindeln

Toller Schwank in 3 Akten

Sie lieben Frauen über die Maßen,
Dunkel, Claire Schierhorn, La Roche,
Lydia Loren, Karl Mathies, Emil Lesser,
Willi Burgkranz, Otto Blume.

Verkehr 11-1 Uhr, 60 u. 55 Pl. nummeriert.

Magdeburger Fischhallen

der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft

Alte Ulrichstrasse 13

Breiter Weg 89/90

Wir empfehlen in bester, blutfrischer Qualität - Donnerstag, Freitag, Sonnabend
besonders billig:



ff. fetten Rothbarsch ohne Kopf
ff. großen Seelachs im Auschnitt
ff. großen Schellfisch im Auschnitt
ff. feinste Nordsee-Schellfische spfändig

ff. frische Bratschollen
ff. frische Makrelen
ff. große Rotzungen
ff. Fischfilet ohne Gräten

Lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie, ff. rotfleisch. Flußblachs, im Auschnitt
Täglich frisch ff. Räucherwaren und Fischkonserven, große Auswahl.

Vogelgesang

Große
Dahlien - Ausstellung

Egeln Egeln

Schuhwaren

in nur allerbesten Qualitäten

laufen Sie zu billigsten Preisen bei

Max Schloß,
Egeln, Breiter Weg 72, 2846
Wolffs Lederhandlung.



Achtung! Radfahrer!

Sie schützen Ihr Fahrrad gegen

Diebstahl, Verwechslung

durch Einstecken in die Rad-Wachen.

Die Rad-Wachen
übernehmen volle Garantie.

Walhalla - Lichtspiele

Das Tagesgespräch ist und bleibt

einzig

und

allein

Die vom Niederrhein

Ein Filmspiel in 8 Akten nach

Rudolf Herzog

Beginn: 4, 6.20, 8.30 Uhr

Des gewaltigen Zuspruchs wegen haben wir uns entschlossen,
unser Programm für einige Tage zu verlängern.

Deutsche Bauten. Der Baum zu Magdeburg. Mit 92 Abbildung.
nr. 2.00. Buchhandlung Volkstimme.

Boxkampf

Samson-Körner

Breitensträter

Vorführung ca. 30 Min.

ab Freitag

Walhalla - Lichtspiele

Reichskrone

Jakobstraße 42 r. einsprecher 2193

Renovierter Festsaal

Vereinszimmer

Stadt Loburg

Heute sowie jeden Donnerstag 8 Uhr

Tanzkränzchen

des 1. B. S. - Grandorchestration,
ermäßigter Eintrittspreise. Gäste willkommen.

Stadttheater

Donnerstag, 17. Septbr.

8. Abend

Tomhäuser

Oper v. Rich. Wagner

Freitag, 18. Septbr.

9. Abend

Der Bildhauer

Donnerstag, 17. Septbr.

(Spart. f. d. Volkstheater)

Der Kampf u. die

Schmerz u. die

Wunden

Donnerstag, 17. Septbr.

10. Abend

Die Bildhauer

Oper v. Rich. Wagner

Freitag, 18. Septbr.

11. Abend

Die Bildhauer

Starkes Röstkaffee

der Kaffee für Anspruchsvolle



Prüfamt mit goldener Medaille

2.80 3.20 4.00 4.40 pro Pfd.

Vergab.-Pat. Pat. 4.09 Spezialkaffee

Arthur Starke, Magdeburg

Großhandlung: Schuldenstr. 14

Kleinhandlung: Gr. Mühlstr. 11

Wiederverkäufer und Gastwirte

fordern Sonderpreise

Eigene Rösterei Täglich frisch

Mäntel
Kleider
Röcke
Blusen

Täglich Eingang von Neuheiten

Rudolf Broetje

Jakobstrasse, Ecke Peterstrasse
Bitte prüfen Sie meine billigen Preise!

Kinder-Mäntel
Kinder-Kleider
Morgenröcke
Pelze

Heute letzter Tag

Magdeburger Lichtspiele

Heute letzter Tag

<h3>Zirkus</h3> <p>Deutsche Helden in schwerer Zeit</p> <p>Die Film von Deutschlands Niedergang und Auferstehung in 18 Akten</p> <p>1806 bis 1813</p> <p>Billy als Heldentum</p> <p>Gewalt und die Hölle</p> <p>Die neuartige Darstellung</p> <p>Jugend haben Lust, verführtes Volk</p> <p>Beginn: Werktags 6, Sonntags 3 Uhr</p>	<h3>Kammer</h3> <p>Er Harald Lloyd</p> <p>Großmutter's Junge</p> <p>5 Akte aufgelookter Romit.</p> <p>Treu um Treue</p> <p>Der Schrei aus der Wildnis</p> <p>Die neue Denzig-Woche</p> <p>Jugendliche haben Zutritt!</p> <p>Beginn: Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr</p>	<h3>Panorama</h3> <p>Der König von Paris</p> <p>1. Teil: Raubbügel</p> <p>2. Teil: Zur Strecke gebracht</p> <p>Beide Teile in einem Programm</p> <p>Die Denzig-Woche</p> <p>Beginn: Werktags 4.5 Uhr, Sonntags 3 Uhr</p>
---	--	--

Der Parteitag in Heidelberg.

Der zweite Tag.

Am Dienstag beendete der Parteitag die Aussprache über den Bericht des Parteivorstandes. Sie wurde zu einem großen Teile von den Kritikern der Vorstandspolitik bestritten, unter denen die Sachen wiederum an erster Stelle marschierten. Die Koalitionspolitik und die Taktik bei der Reichspräsidentenwahl bildeten in erster Linie die Angriffspunkte.

Neben Gleißner (Sachsen) marschierten Künzler (Berlin) und Seydewitz (Zwidau) auf, um ihre Bedenken gegen die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien an der Regierung geltend zu machen. Ihnen traten Hermann Müller, Scheidemann und Stelling entgegen.

Die Darmataffäre erfuhr wider Erwarten auch eine, aber nur vorübergehend neue Belebung, ohne daß der am Pressetisch sitzende, schmunzelnde Herr Kühne und seine deutschnationalen Freunde auf ihre Rechnung gekommen wären. Es waren Liebmann und Müller (Leipzig), die für „Reinlichkeit“ in der Partei eintraten. Der Parteitag folgte ihrer Linie nicht; Müller stieß im Gegenteil auf starken Widerstand, der in empörten Zurufen seinen Ausdruck fand. Die Rede Scheidemanns wurde in ihren wesentlichen Teilen zu einer Entgegnung auf diese haltlosen Angriffe. Unter wiederholtem lebhaftem Beifall der Mehrheit forderte er Vertrauens für die führenden Genossen, denen man nicht, wie es leider fast immer üblich sei, erst im Tode gerecht werden darf. Ludwig vom Parteivorstand ergänzte die Ausführungen Scheidemanns durch Feststellungen, die auf den Parteitag tiefen Eindruck machten. Er teilte mit, daß der Prüfungsausschuß der Partei an alle Redaktionen und Parteisekretariate ein Rundschreiben gesandt hat, das die Aufforderung enthält, Anlagematerial gegen die beschuldigten Genossen zur Verfügung zu stellen. Was aber ergab sich? Nicht eine Mitteilung ist eingegangen! Damit sollten endlich auch alle Versuche, einen alten, unberechtigten Skandal immer wieder mit neuem Leben zu erfüllen, in der Partei unmöglich sein.

Nebrigens bestätigte der Verlauf der nach Schluß der Debatte folgenden Abstimmungen über die zu Punkt 1 der Tagesordnung vorliegenden Anträge, daß der Darmat-Skandal das Vertrauen der übergroßen Mehrheit unserer Genossen zu ihren Führern nicht erschüttert hat. Die Anträge wurden a) alle entsprechend den Vorschlägen des Parteivorstandes-Berichterstatters mit großer Mehrheit angenommen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Leipzig gegen den Werbebeitrag der Parteigeschäfte mit 272 gegen 74 Stimmen abgelehnt. Bemerkenswert ist ferner, daß der Antrag Frankfurt, in dem behauptet wurde, der Vorstand habe keine Fühlung mehr mit den Massen, nur ganz wenig Stimmen auf sich vereinigte. Ablehnung fand u. a. auch ein Antrag der Hamburger Organisation, durch den jedes Mitglied der Partei auch zur Mitgliedschaft in den Konjunkturgenossenschaften angehalten werden sollte. Es steht zu erwarten, daß unsere politischen Gegner aus dieser Ablehnung bestimmte Schlüsselfolgerungen in ihrer Propaganda gegen die Konjunkturvereine ziehen. Infolgedessen muß ausdrücklich darauf verwiesen werden, daß die Ablehnung erfolgte, weil bereits auf einem früheren Parteitag die Verpflichtung zur Mitgliedschaft in den Konjunkturgenossenschaften ausgeprochen wurde und sich damit der Antrag Hamburg von selbst erledigte.

Mit der einstimmigen Annahme des Antrags der Kontrollkommission, dem Vorstand Entlastung zu erteilen, fand die Dienstagssitzung ihren Abschluß. Ihr Verlauf war eine Bestätigung dafür, daß die große Mehrheit der Partei mit der Politik des Vorstandes in der hinter uns liegenden Zeit einverstanden ist und die Parteiführer das alte Vertrauen besitzen. Unsere politischen Gegner sind damit um eine Enttäuschung reicher geworden. Ihr Skandal war zwecklos, ihr Geld nutzlos verthan.

Während der Parteitag über den Vorstandsbericht debattierte, war die am ersten Tage eingesezte Programm-Kommission in Daueritzungen dabei, den Entwurf des Parteiprogramms den vorliegenden Anregungen entsprechend umzugestalten. Auch die Sachsenkommission ist bereits eifrig an der Arbeit und hat schon stundenlange Erörterungen mit den Sachen gepflogen.

Debatte über die Geschäftsberichte.

Die Reden der beiden Frankfurter Genossen Proßwitz und Loeß brachten wir gestern schon unter Tepefchen. Nächster Redner ist

Gleißner (Dresden): Wir sind der Heberzeugung, daß der Gebante der großen Volksgemeinschaft weite Kreise der Arbeiter sehr bedenklich gemacht hat und daß energisch mit dieser Mission aufgeräumt werden muß. Warum verbreitet der „Presidenten“-den Zirkel, daß Wirtz gesteht hat? Er will doch damit nur die Mission erwecken, als ob das Zentrum mit seiner Politik uns näher kommt. Aber tatsächlich hat das Zentrum nicht nur die Zoll- und Steuerpolitik gemacht, sondern sich auch in der Sozialpolitik durchaus reaktionär gezeigt.

Zwischen uns und dem Zentrum besteht keinerlei Interessengemeinschaft. Selbst die Republik erscheint uns in ganz anderem Lichte als dem Zentrum. Das Ziel unserer sozialistischen Politik ist es, das uns von allen bürgerlichen Parteien trennt. Wie schon war der Glanz bei der ersten Reichspräsidentenwahl und wie groß die Verwirrung beim zweiten Wahlgang! Wir müssen Taktik und Politik auf das Proletariat einstellen. Wir brauchen Massen, wenn wir Macht erringen wollen und wir brauchen Macht, wenn wir unser Ziel erreichen wollen, gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft. (Beifall.)

Künzler (Berlin): Die jüdischen Genossen haben Berlin zum Vergleiche herangezogen. Gewiß, die Parteiverhältnisse in Berlin waren schlecht. Aber dank der eifrigen Mitarbeit aller Genossen sind wir wieder auf dem besten Wege, die alte Position zurückzugewinnen. Das haben die letzten Wahlen gezeigt. Im übrigen hat

Sachsen keine Lokalpresse. Und wenn sie uns Berlinern mehr Einfluß auf das Zentralorgan geben würden, werden wir sehr dankbar sein.

Die Wunden, die die Inflation den Arbeitern geschlagen hat, heilen aus. Die politischen Inflationsergebnisse, Böllerei und Kommunismus, sinken immer mehr zu der Bedeutungslosigkeit herab.

Wenn wir an der Partei Kritik üben, tun wir es in der Absicht, zu bessern. Im Gegensatz zum Parteivorstand bedauern wir noch heute, daß im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl die Sozialdemokratie vor Zentrum und Demokraten kapituliert hat. Wir hätten dem Zentrum und den Demokraten die Verantwortung aufzählen müssen, ob sie Braun wählen wollen oder nicht. Das Zentrum kann bei seiner Einstellung gar keine republikanische Partei sein. Die Politik des Zentrums liegt weder im Interesse der Republik noch in dem der Arbeiter. Wenn in der Republik Arbeiterfeindschaft herrscht, müssen die Arbeiter dagegen ebenso scharf ankämpfen wie gegen das Deutschland Wilhelms II. Wer versucht, mit dem Zentrum zu regieren, wird daran genau so scheitern wie bei dem Versuch mit den Kommunisten. Wir müssen auch nach rechts klar und deutlich die Grenzen ziehen. (Beifall.)

Redner bittet, die Entscheidung über die Annahme von Aufsichtsratsposten nicht den Fraktionen zu überlassen, sondern dem zuständigen Bezirksverband und dem Parteivorstand.

Packel (Frankfurt a. M.) befürwortet einen Antrag auf Einrichtung eines Sekretariats für Agrarpolitik, Herausgabe einer periodischen Zeitschrift für Bodenrecht und Bodenwirtschaft und einer Agrarcorrespondenz für die Tagespresse. Seit 1865 beschäftigen wir uns nun mit dem Agrarproblem. Unser Leitmotiv in der praktischen Politik war immer der Schutz der Kleinen in der Landwirtschaft, Schutz der bäuerlichen Wirtschaft und Förderung der Siedlungstätigkeit. (Bravo!)

Liebmann (Leipzig): Durch die Zoll- und Steuerkämpfe sind wir in eine verhältnismäßig günstige Situation gekommen. Aber die bisherige Gesamtpolitik der Partei hat nicht der Einstellung der großen Masse der proletarischen Mitglieder entsprochen. Das Endergebnis war die Hindenburgwahl. Und selbst wenn Marx gewählt worden wäre, wäre die Lage noch viel größer gewesen. Der Darmat-Skandal ist hier sehr geschickt behandelt worden. Den Fall Bauer, Weis, Heilmann haben die Bürgerlichen nicht gemacht, sondern nur gegen uns ausgenutzt.

Der Redner befürwortet weiter einen Antrag, daß die Anträge von den Parteigeschäften für den Parteivorstand nicht nach ihrem Umsatz, sondern nach ihrem Reingewinn erhoben werden solle.

Abolf Hoffmann: Die Arbeit in Berlin ist besonders schwierig, weil Berlin immer neue unaufgeklärte Massen aufnimmt und aufgeklärte abblüht. Es hat keinen Zweck, Vergangenes aufzuzählen, sondern es kommt darauf an, die Zukunft im Auge zu behalten und insbesondere unsere Stellung zu den Bürgerlichen. Wir stehen am Wendepunkt unserer Politik, das hat auch Weis in seiner Rede bei der Verabschiedung des Solgefetzes ausgesprochen.

Auf die Affäre Wirtz setzen viele Genossen große Hoffnung. Das ist eine Unterschätzung der Gerissenheit der Zentrumspolitik. Das Zentrum ist zweifellos im Hinblick auf das kommende Reichsschulgesetz jetzt mit den Bürgerlichen statt mit den Sozialdemokraten in die Regierung gegangen. (Sehr wahr!) Leider stehen unsere Genossen gerade den Schul- und Elternfragen zu gleichgültig gegenüber. (Lebh. Zustimmung.) Die Frage der Erhaltung der Republik und der erungenen Freiheiten ist eine Erziehungsfrage. Wenn es uns nicht gelingt, die Lehrer und die junge Generation für uns zu gewinnen, werden wird diese Erungenschaften nicht halten können. Bewahren wir den alten Standpunkt des Klassenkampfes.

Wittling (Frankfurt a. M.): Die Frankfurter Richtung marschiert hier so vollzählig auf, nicht aus Unbedachtetheit und Nachlässigkeit, sondern in notwendiger Abwehr. Man hat uns verhöhnt. Wir wissen, daß wir auf verlorenem Posten stehen. Wir müssen von den psychologischen Hintergründen reden, aus denen die Anträge entspringen. Mit „Abreibungen“ schafft man die Frankfurter Richtung nicht aus der Welt. Der Antrag 200 gegen den Parteivorstand war keine Stärkerei, sondern ein Warnungssignal.

Wir erkennen und schätzen die realen Notwendigkeiten der Disziplin, aber wir müssen entspannen und ausbalancieren. Jedes Regieren macht konservativ und führt zur Heberhebung der Organisation und zur Unterschätzung des lebendigen Willens. Wir wollen den Vorstand als lebendige Krönung der Partei und nicht als bloßes Paragraphen-Institut. Auch in den Worten über die Jugendbewegung habe ich zuviel Selbstbewußtsein und Dünkel des Alters empfunden. Die Jungsozialisten müssen gewiß noch viel Mühe bergären, ehe der gute Wein kommt. Aber sie haben schon heute drei große historische Verdienste: sie haben den problematisch grübelnden Menschen wieder geschaffen, dessen Sinn und Geist ganz erfüllt ist vom Impetus der sozialistischen Gedanken, und ich heiße die Satten nicht, denen nicht die Probleme bis über die Ohren gehen. Sie aber haben die ökonomischen Probleme des Sozialismus klar herausgearbeitet und sie haben ein Stück Sozialismus in die praktische Lebenswirklichkeit übersezt, was wir Alten nicht geleistet haben. Wir haben alle in uns noch zuviel vom verdrehten und verlebten Bürgertum.

Edel (Dresden): Der Bericht des Parteivorstandes und die Rede von Weis am Sonntag haben uns enttäuscht. Gäbe es nicht die Frankfurter und sächsischen Genossen, so müßten wir in den Reden des Parteivorstandes nach Gedanken jagen. Es ist unrichtig, daß man Sachen nur beispielgebend nennt im Sinne der Heberhebung. Wir sind beispielgebend dafür, daß wir das alte Vertrauensverhältnis zur Parteileitung, das einigende Band für die Mitgliedschaft und die Führung wiederherstellen wollen.

Scheidemann (Kassel): Klagen und Anträge erscheinen mir berechtigt, soweit sie erhoben werden gegen die Zustände in der Republik, unberechtigt gegenüber dem Parteivorstand. Die Frankfurter Anträge — nur dies eine Wort dazu: — machen den alten Genossen wenig Ehre und die jungen schreit man damit ab. (Sehr wahr!) Für die Gewinnung weiterer Massen ist das der verkehrteste Weg. Will man Ausschreien haben, so muß man erst wissen, was ist, muß sehen und erleben haben. (Sehr gut!) Wie sieht es nun in der Republik aus? Die Zustände in der Reichswehr werden von Tag zu Tag unerträglich. In Häusern, in denen Reichswehr liegt, dürfen Privatpersonen nicht einmal am Versammlungstag die schwarzrotgoldene Fahne hängen. Für die Schulen war es schon eine freudige Heberhebung, als der Preussische Landtag mit Hilfe des Zentrums den Beschluß annahm, daß die Schüler am Versammlungstag eine schwarzrotgoldene Schleife tragen dürfen. Für die Rechtspflege braucht man weder Auge noch Ohr, nur die Nase. Sie stinkt zum Himmel. Die Heber-Prozesse, die Rennbootunternehmen auf dem Wannisee und die Fluggeschäftskaden in der Darmat-Affäre waren beispiellos in der ganzen Welt. Die Art, wie man Höhle zu Tode gehetzt hat, läßt die offene Brutalität der Erzberger- und Rathenau-Mörder beinahe milde erscheinen. Selbst

vor den Toten macht die Gemeinheit halt.

Man hat in einer Versammlungsrede erklärt, Ebert sei gar nicht gestorben, sondern wegen der heberischen Verhaftung auf Grund des Landesverrats und Lebensmittelerhebung in die

Schweiz geflüchtet. (Pfeiferei und Bewegung.) Der Parteivorstand sollte alle diese gleich gemeinen und niederrächigen Verleumdungen tot und lebender Parteigenossen sammeln, damit man jeden Tag den Verleumdern mit ihren Niederträchtigkeiten aufs Maul schlagen kann. (Sehr gut!) Je größer der Haß und die Niederträchtigkeit gegen unsere führenden Parteigenossen ist, um so größere Liebe sollten die eignen Parteigenossen ihnen entgegenbringen. Bei den jetzigen Laten der Justiz handelt es sich nicht lediglich um die Auswüchse der Klassenjustiz, sondern um persönlich gehässige, politisch fanatische Richter, die Recht und Unrecht nicht mehr unterscheiden wollen und können. Nehmen Sie dazu die schönen Prozesse um das „Heutige Kreuz“, so haben wir in wenigen Sähen den Horizont abgeleuchtet. Die Politik des Zentrums in dieser Zeit haben wir alle bekämpft und beklagt. Aber ist nicht Wirtz ausgekreten, weil er die Verantwortung nicht tragen wollte, ist nicht der Reichspräsident Dr. Piecker offen und ehrlich für Klarheit und Fortschritt eingetreten? Dr. Piecker ebenso wie der deutschnationale Professor Dr. Braß haben offen ausgesprochen, man könne der Sozialdemokratie danken, daß sie 1918 Deutschland gerettet habe. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der übernächste Redner Bronemann verzichtet zugunsten Scheidemanns auf Wort. Beifall.) Heber-Probleme der Taktik kann man natürlich verschiedener Meinung sein, aber Politik ohne Kompromisse gibt es nicht. Was bedeutet ein Kompromiß? Jede Resolution und jede Kommission bedeutet ein Kompromiß und jeder Parteivorstand muß sie auch schließen. Bei der Reichspräsidentenwahl hat uns der Parteivorstand nicht einmal eine einheitliche Taktik vorschlagen können. Aber wir waren doch in einer Zwangslage und sitzen unter den Folgen kaum erst überstandener Spaltungen. Die Klagen über das Abgehen vom Klassenkampf sind alle Kamellen. (Zustimmung.) Die Rolle kenne ich seit 40 Jahren. Wir führen den Klassenkampf heute in neuen Formen, aber nach meiner Heberzeugung fräftiger als je. Schablonenmäßig können wir die alten Agitationsformen nicht anwenden. Unsere Stellung ist doch ganz anders geworden. Es ist die Alternative gestellt worden: Demokratische Staatspolitik oder sozialdemokratische Arbeiterpolitik? Stünde die Demokratie ganz fest, so wäre der erste Weg der schnellere und würde ohne große Erschütterungen zum Ziele führen. Diese Taktik würde bedeuten: Teilnahme an der Regierung auf Grund eines Minimalprogramms. Das grundsätzlich abzulehnen, wäre ein

Rückfall in überwundene Zeiten.

Wir preisen ja nur die Genossen, die tot sind (Heiterkeit), also hatten wir uns an das Wort des alten Siebknecht, daß man die Taktik im gegebenen Falle in 24 Stunden 2mal ändern muß. Jetzt aber würde eine gedämpfte Opposition den Einfluß der Partei und das Vertrauen der Arbeitermassen mindern und niemals war stärkste Opposition nötiger. Die Regierung ist absolut reaktionär eingestellt. Die Herrschucht und Raffgier des Großkapitals ist unbeschränkt. Die 50prozentigen Dames-Junker wollen für 3,50 Mark Zoll Stoff-Lothringen preisgeben, wie Judas Ischariot Jesus Christus um 30 Silberlinge verraten hat. Die Deutsche Volkspartei ist unter der glorieösen Führung von Scholz zu einer Stimmens-Filiale der deutschnationalen geworden und bemüht, die eigne Heberklügigkeit zu beweisen. Die Vorgänge im Zentrum müssen wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und wünschen, daß sich die Linie durchsetzt, die das Zentrum wieder zu uns loaktionsfähig macht. Der Kommunismus geht wie eine Kinderkrankheit vorüber. Unsere Verfassung ist gut. Unser Wahlrecht ist gut und der Parteivorstand tut seine Schuldigkeit. Worunter wir leiden, das ist der Unbestand der Massen. Sind nicht Millionen Kleinrentner auf den Aufwertungsstachel her eingefallen? Wir müssen weiter Vertrauen gewinnen und nicht mit der einen Hand zertrümmern, was die andre aufbaut. Lassen wir die Wehlfageret und besinnen wir uns auf uns selber. Vorwärts an die Arbeit!

Heilmann (Berlin): Dem Bild, das Scheidemann entworfen hat, will ich nur einen Zug hinzufügen, der den Genossen Scheidemann interessieren wird. In der Strafanstalt Lichtenburg berührt der bekannte Scheidemann-Attentäter Hüfner seine Zuchthausstraße. Der Direktor dieser Strafanstalt, ein Herr Nicolai, hat sich dahin geäußert, er sehe in Hüfner keinen Verbrecher; der einzige Vorwurf, den er ihm machen könne, sei, daß es ihm nicht gelungen sei, Scheidemann zu töten. (Pfeiferei.) Nachdem der Anstaltsgeistliche diese Aeußerung in einem Disziplinärprotokoll bezeugt hatte, ist bereits ein Jahr vergangen, ohne daß man gegen diesen Strafanstaltsdirektor eingeschritten ist. (Lebhafte Heiterkeit.)

Niehmüller (Köln): Der Stand der Parteiorganisation befriedigt nicht, aber wir müssen dabei die Nachwirkungen der Inflation und der Besetzung großer Gebiete berücksichtigen. Ich behaupte, daß unsere Partei innerlich viel kräftiger dasteht als vor dem Kriege. Wir wären sonst gar nicht in der Lage gewesen, die vielen Wahlkämpfe der letzten Jahre zu bestehen.

Thurm (Berlin) befürwortet einen Antrag Berlin, monach der Parteivorstand bei der Ausrüstung der Reichs- und Landeslisten gegen den Willen der Bezirksorganisationen keine Entscheidung treffen darf.

Mäder (Altenburg) tritt für einen Antrag ein, der Sozialdemokraten mit Ausnahme der Betriebsräte jedes private Wirken in Vorständen und Aufsichtsräten kapitalistischer Unternehmungen verbieten will.

Anna Fiegler (Leipzig): Genossin Judacz bezeichnete unsere Forderung auf Schaffung einer sozialistischen Frauenzugung vom Charakter der „Gleichheit“ als überflüssig im Hinblick auf die bestehenden Frauenblätter „Die Genossin“ und „Die Frauenwelt“. Ja, sie meinte, dieser Antrag sein konterbätiv. Demgegenüber berufe ich mich auf die Genossin Adelheid Ropp (Wien). In Oesterreich hat die Frauenbewegung einzig dastehende Fortschritte gemacht, und dort besteht ebenfalls eine sozialdemokratische Frauenzeitschrift, wie wir sie wünschen.

Müller (Leipzig): Der Geschäftsbericht hat Sachsen und andre Bezirke wenig befriedigt, weil er rein chronologisch an der Oberfläche haften bleibt.

Frau Scheibenhuber (Berlin): Im Interesse der Parteibewegung müssen die Fraktionen in der Partei eingeschränkt werden. Dadurch werden viele Frauen zurückgestoßen und der geringe Arbeitsverdienst wird noch mehr beschränkt. Im Kampfe gegen den Alkohol müssen wir die Jugend unterstützen.

Keil (Bremen): Unter den Statistiken des Parteivorstandes fehlt eine Bücherstatistik. Das Alter von 20 bis 35 Jahren ist in der Partei erfreulich zurückgegangen. Wir haben eine ganz andre Alterszusammensetzung als in der Vorkriegszeit. Das ist zurückzuführen auf die allgemeine politische Linie der Partei und auf das Vertragen der Werkkraft bei der Jugend.

Widmann (Offenbach): Wir wünschen, daß die besondere Zeitungsfrage für die Internationale fällt. Den Beitrag für die Internationale kann die Zentralkasse tragen. Statt dessen müßten wir einen besondern Kulturbeitrag zur großartigen Führung der Bildungsarbeit. Gegenüber Abolf Hoffmann nur eins: Wir haben in Hessen seit 1918 die keine Koalition mit dem Zentrum und unsere Erfahrungen damit zwingen uns, auch im Reich eine Politik zu wünschen, die das Zentrum nicht weiter nach rechts drängt.

Nach Belesung eines Begrüßungsgramms der norwegischen Partei wird die Debatte auf Nachmittags vertagt.

Radmittagsstimmung.

Hermann Müller: Ein paar Worte an meine lieben Frankfurt...

Zur Varmataffäre habe ich mich schon in einem früheren Stadium im Reichstag deutlich genug geäußert...

selbst August Bebel

sich einmal dagegen verteidigen mußte, in Beziehungen zu einem in gemäßigten Lager stehenden Kapitalisten gestanden zu haben...

Wolff Dörmann meinte, wir ständen an einem Wendepunkt der Bewegung. Ich warne dringend vor solchen Wendepunkten...

Das ist der beste Klassenkampf: Eintreten für die Arbeiterklasse, Durchdringung des Staates mit Sozialismus...

Sehgewitz (Zwickau): Die Niederlage der Reichspräsidentenwahl...

Frau Wolf (Wuppahlg.) bejammert die Partei für die Verwundung von Funktionären...

Ein Schlußantrag, von Krüger (Brandenburg) begründet, wird mit großer Mehrheit angenommen...

lich für die Beamten, den freien Gewerkschaften anzugehören, kann man jetzt nicht beschließen...

Und nun einige Worte zur Debatte selbst: Es wäre uns allen viel lieber gewesen, wenn wir uns mit so manchen Dingen nicht hätten zu beschäftigen brauchen...

Parteiengenossen! Vergeht nicht, euer Wahlrecht auszuüben! Wählt Genossen, die eine gewaltige und zielbewusste Politik verfolgen...

(Zuruf: Das ist von der Partei abgelehnt worden!) Aber es wäre selbstverständlich von Parteiengenossen, die kameradschaftlich arbeiten, daß sie es ablehnen...

Partei legt die Stellung des Parteivorstandes zu den Anträgen zur Agitation, Organisation und Kasse dar...

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses. Die Bedeutung des Kongresses erkennt man am besten, wenn man die dort gepflogenen Verhandlungen in Verbindung bringt mit dem Frontwechsel der kommunistischen Partei...

das ab zu lehnen. Ein Verbot von Sonderkonferenzen, wie es von Zwickau beantragt wird, ist schon auf früheren Parteitagen mehrfach erfolgt...

Zum Schluß noch eine Bemerkung über den Mitgliederzuwachs. Daß wir ihn leicht nehmen und seinen Ursachen gleichgültig gegenübersehen, muß ich entschieden zurückweisen...

Ludwig (Parteilose) wendet sich gegen den Antrag Leipzig, der den sogenannten Werbebeitrag der Parteigeschäfte ablehnt und den Parteivorstand nur am Reingewinn beteiligen will...

Persönlich bemerkt Wolf (Frankfurt), Stellung habe in seinem Schlußwort mitgeteilt, daß bei den Urwahlen zum Parteitag in Frankfurt Zettel verteilt worden seien...

Die weiteren Verhandlungen werden um 7 Uhr abends auf Mittwoch vertagt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Bedeutung des englischen Gewerkschaftskongresses.

Die Bedeutung des Kongresses erkennt man am besten, wenn man die dort gepflogenen Verhandlungen in Verbindung bringt mit dem Frontwechsel der kommunistischen Partei...

Nach Ansicht des Generalkrats (der englischen Gewerkschaften) besteht bei den Vertretern der russischen Gewerkschaften der erste Wille, mit dem Amsterdamer Bund eine Annäherung zu finden...

Man vergleiche diese Worte mit den Vorkommnissen der letzten Wochen innerhalb der deutschen kommunistischen Partei...

Tomski, der Vorsitzende der russischen Gewerkschaftszentrale zum Kongress, machte sehr wichtige Geständnisse...

Es ist uns klaren vorgeworfen worden, wir wollten eine internationale Gewerkschaftsbewegung schaffen, um dieselben unsere bolschewistischen Ideen aufzuzwingen...

Es ist erkranklich, wie reformistisch, ja sogar sozialberäterisch Tomski auf dem Kongress der englischen Gewerkschaften sprach...

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn Fred Bramley, der Sekretär des Kongresses, für Annäherung des Berichtes des Generalkrats plädierte...

eine Entschliessung durch Zuzuf angenommen, in der der neue Generalrat aufgefordert wird, alles aufzubieten, um eine große, alle Länder umfassende Internationale der Gewerkschaften zu bringen.

Alles in allem gehört der Kongress zu den interessantesten Tagungen der englischen Arbeiterbewegung. Allseitig bemühte man sich, keine Gegensätze zwischen den beiden großen Mächten der Arbeiterbewegung — der gewerkschaftlichen und der politischen — zu konstruieren. Und warum sollte man auch? Sprach sich doch sogar Tompki sehr lobend über den Wert und die Errungenschaften der Arbeiterregierung aus.

Sehr bald wird sich zeigen, ob es ehelich gemeinte Worte waren, die Tompki an den Kongress richtete, oder ob es sich nur um Schaumfängerhandelt, mit der man die Engländer einzuweisen wollte. Wichtig ist es allerdings, daß es sich bei den Rufen um einen diplomatischen Schachzug handelt, da sie eine weiteuropäische Orientierung brauchen. Sie suchen vor allem Anschluß an England. Auf alle Fälle ist diese neueste Frontschwermung des Volksweltismus eine der interessantesten politischen Erscheinungen der letzten Jahre. B. Weingart.

Streik der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. Nachdem der vor einigen Tagen gefällte Schiedsspruch über eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. sowohl von Unternehmer- wie von Arbeiterseite abgelehnt worden ist, traten die städtischen Arbeiter, insgesamt 10 000 bis 12 000 Mann, am Mittwoch in den Streik. Die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie der Betrieb der städtischen Krankenhäuser werden aufrechterhalten.

Besprechung über die Beamtengehälter. Der Reichsfinanzminister hat die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten zu Mittwoch den 23. September zu Besprechungen über die Eingabe zur Aufbesserung der Beamtenbesoldung eingeladen.

Um den Eisenbahnerschiedsspruch. Am Dienstag ist die Frist für die Erklärung abgelaufen, ob der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums für die Eisenbahner angenommen oder abgelehnt wird. Die Gewerkschaften haben sich nicht entschieden, dem Spruch zuzustimmen. Die Reichsbahn jedoch hat dem Schiedsspruch zugestimmt. Nun hat das Reichsarbeitsministerium das Wort.

Conferenzen der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Für das Wirtschaftsgebiet Mitteldeutschland tagte am Sonntag den 15. September eine von 82 Vertretern besetzte Landeskonferenz in Braunschweig.

Als erster sprach Bernice vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund über den „Einfluß der Gewerkschaften auf Wirtschaft und Politik“. Kollege Fiedler über „Die Aufgaben der Beamten-Sektion“. Die mit großer Sachkenntnis behandelten Fragen und Hinweise dürften sich sehr bald in ihrer Auswirkung in den einzelnen Filialen bemerkbar machen.

Ohne Diskussion wurden die Referate des Kollegen Wartsch über den Gewerkschaftskongress in Breslau, des Kollegen Fahrig über die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates und des Kollegen Senft über den Frankfurter Verbandsstag entgegengenommen.

Ueber fachliche Fragen referierte als Vertreter des Verbandsvorstandes Kollege Urmmer. Vielen Kollegen dürften seine Hinweise die Arbeit erleichtern.

Eine lebhafteste Aussprache wurde über die Lohn- und Tarifpolitik des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, der Gemeinde- und sonstigen Verwaltungsbehörden geführt. Die ungenügenden Lohnsätze bei gesundheitsgefährlicher körperlich schwerer Arbeit wurden einer scharfen Kritik unterzogen.

Von mehreren Rednern wurde die Notlage der Arbeiter in den öffentlichen Verwaltungen geschildert und angeführt, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer nicht einmal ein steuerbares Einkommen habe. Auch legten die Konferenzteilnehmer dagegen Verwahrung ein, daß die Arbeiter der öffentlichen Verwaltungen nach den Tarifgrundlöhnen einzelner Industrien behandelt werden, die nur Richtlinien bilden und bedeutend höhere Einnahmen erzielen. Sie verlangen, daß die Eigenart und Schwere der Arbeit gebührende Berücksichtigung findet.

Dem Gewerkschaftsrat und der Lohnkommission sind Vollmachten zur Weiterführung erreichbarer, auskömmlicher Löhne gegeben worden. Einstimmig angenommen wurde nachstehende

Resolution.

Die am Sonntag den 13. September 1925 in Braunschweig tagende Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahm Stellung zur Lohnpolitik der öffentlichen Arbeitgeber und stellt fest:

1. Die Einstellung der Reichsregierung mit ihrer Beeinflussung auf die Lohnpolitischen Körperschaften ist unhaltbar geworden. Die Schiedssprüche über die Lohnhöhen der Reichs- und Staatsarbeiter sind eine gesetzliche Festlegung der Verelendung der öffentlichen Arbeitnehmer und erheben die Vertrauensleute gegen eine solche Lohnpraxis den schärfsten Protest. Sie verlangen die Einleitung einer großen Agitation, um zu gegebener Zeit durch Kampf die Lebenshaltung der Reichs- und Staatsarbeiter auf die richtige Höhe zu bringen.

2. Weiterhin sind die Vertrauensleute der Meinung, daß der Schiedsspruch für die Gemeindefunktionäre Mitteldeutschlands als ungenügend angesehen ist.

Die Gauleitung und Lohnkommission werden beauftragt, die Maßnahmen zu treffen, die zur Existenz der Gemeindefunktionäre, Straßenbahner und des Krankenhauspersonals notwendig sind.

In den Gewerkschaften wurden gewählt als ordentliche Mitglieder: G. Fahrig (Magdeburg), R. Senft (Magdeburg), E. Schmidt, Pfleger (Jerichow), F. Vertam (Dessau), Lampe, Straßenwärter (Harzburg), O. Madel (Weißfels). Als Stellvertreter: O. Fiedler (Magdeburg), M. Grünner (Magdeburg), L. Barth, Pfleger (Wahpringe), O. Schmidt (Jerbitz), Urnhold, Straßenwärter (Quedlinburg), B. Baumdach (Nordhausen).

In den Bildungs-Ausschüß wurden gewählt: Heinz Flicht (Halle), Otto Maack (Braunschweig), Willi Barisch (Magdeburg).

Mit der Mahnung, die gehörten wichtigen Vorträge in den Reihen der Mitgliedschaften zur praktischen Anwendung zu verwerten, schloß Kollege Wachtenhoff die hochinteressante Konferenz.

Aus dem Gewerbegericht.

Ein unmögliches Urteil.

Die Maurer M. und Sch. klagten vor ein paar Wochen gegen die Magdeburger Bau- und Kreditbank auf Ausstellung neuer Entlassungsscheine. Als Grund dafür führten sie an, daß die Beklagte auf ihren Entlassungsscheinen folgenden Vermerk geschrieben habe: „Entlassen wegen Aussperrung, herbeigerufen durch Teilsfreit.“ In diesen Worten erblickten sie eine, sie in ihrem weiteren Fortkommen beeinträchtigende Note und einen Verstoß gegen den § 113 Abs. 3 der Gewerbeordnung.

Dieser Ansicht trat am 30. Juli auch das Gericht bei. Es beurteilte die Beklagte zur Ausstellung neuer Scheine, unter Wegfall der ungerechten Kennzeichnung. Es wies in der Urteilsbegründung sogar darauf hin, daß unter Umständen die Beklagte schadenerjährlig gemacht werden könnte.

Nun ist sämtlichen ausgesperrten Bauarbeitern ein ähnlicher Entlassungsschein ausgehändigt worden. Man könnte jedoch an Hand des gefällten Urteils nunmehr annehmen, daß die Bauverwaltung auf Verlangen ordnungsgemäße neue Entlassungsscheine ausstellen würden. Das taten sie indes nicht. Sie ließen es lieber auf eine neue Klage ankommen, die somit das Gericht zu beschäftigen hatte.

Unbegreiflicherweise stieß das Gericht sein früheres Urteil um und wies die Kläger ab. Als Begründung führte es aus, daß der § 113 der Gewerbeordnung von Zeugnissen und nicht von Entlassungsscheinen spreche. In einem Zeugnis, so wurde weiter gesagt, darf eine den Entlassenen schädigende Note nicht vermerkt werden, doch ist der Entlassungsschein wahrheitsgetreu auszustellen und daher der beanstandete Vermerk statthaft, insbesondere deswegen, da er für das Arbeitsamt als Ausweis eine größere Bedeutung habe. Gemäß Artikel 1 der Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Emerdlosenfürsorge sei nämlich der Arbeitgeber verpflichtet, dem Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises über Beginn, Ende und Art sowie den Grund der Lösung des Beschäftigungsverhältnisses usw. Auskunft zu geben. Dieser Verpflichtung sei die Beklagte nur nachgekommen, wenn sie auf den Entlassungsschein den Aussperrungsvermerk geschrieben habe.

Nun darf erwähnt werden, daß eine jahrelange Rechtsprechung stets umgekehrt ähnliche Streitfälle beurteilt hat. § 113 Abs. 1 der Gewerbeordnung sagt: Beim Abgabe können die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist in Wirklichkeit die Entlassungsschein. Bis jetzt ist in Industriekreisen nie etwas anderes verstanden worden. Aus dem erwähnten Absatz geht aber auch deutlich hervor, daß jede weitere Niederschrift, die über die Art und Dauer der Beschäftigung hinausgeht, ohne ausdrückliches Verlangen unstatthaft ist. Abs. 2 des § 113 der Gewerbeordnung nur sieht ein Zeugnis vor, das auf Wunsch des Arbeiters sich auf Leistung und Führung beziehen kann. Bei solchem Verlangen ist es durchaus möglich, daß ein Entlassener, der sich einer Fälschung, eines Diebstahls, eines Verstoßes gegen die Arbeitsordnung usw. schuldig gemacht hat, dieses im Führungszeugnis bescheinigt erhält. In diesem Falle ist somit eine objektive Darstellung der Leistung und Führung gegeben. Dem Gericht ist ein Bapsus untergelaufen, indem es den Entlassungsschein mit dem auf Verlangen des Arbeitnehmers auszustellenden Führungszeugnis verwechselt. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß das Gericht bei späteren ähnlichen Streitfällen den deutlichen Vorschriften der Gewerbeordnung Rechnung trägt.

Urlaub.

Die Unternehmer wittern Morgenluft. Nicht nur, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden tauglichen und untauglichen Mitteln versuchen, die Löhne herabzudrücken, sie schneiden auch an festliegenden Vereinbarungen der Manteltarife herum, denen sie neuerdings eine andre Auslegung geben möchten. Willfährige Sprachrohre finden sie in den jungen Leuten der Arbeitgeberverbände, die auf diese Weise ihre Existenzberechtigung nachweisen wollen. So war der Orthopädie-Mechaniker K. G. gezwungen, gegen die Firma Dr. E. Kirsch wegen Vorenthaltung von Erholungsurlaub zu klagen. Der Vertreter des Klägers führte aus, daß K. G. am 1. April 1925 sein Lehrverhältnis bei der Beklagten beendet habe und daß er seit dieser Zeit weiter als Gehilfe bei ihr beschäftigt werde. Während der Lehrzeit sei der Urlaub gegeben, und da der Kläger eine mehrjährige ununterbrochene Beschäftigungsdauer bei der Beklagten nachweisen könne, siehe ihm gemäß § 5 des Tarifvertrags für die Orthopädie-Mechaniker für das Jahr 1925 Ferien zu. Die Beklagte ließ durch ihren Syndikus erklären, daß nach ihrer Auslegung des Tarifvertrags ein Urlaubsanspruch des Klägers nicht bestehe. Sie betrachte das Lehrverhältnis als einen in sich abgeschlossenen Vertrag. Somit sei der Kläger bei der Beklagten noch kein volles Jahr beschäftigt, deshalb erzieht nach dem Tarifvertrag auch kein Rechtsanspruch. Das Gericht hat ähnliche Klagen wiederholt zugunsten der Arbeiter entschieden. Es sah auch in diesem Falle gar keine Gelegenheit, von seinen früheren Urteilen abzuweichen. Das Gericht beurteilte daher die Firma zur Zahlung von 31,28 Mark an den Kläger.

Angeblicher Diebstahl.

Der Maschinenarbeiter O. N. soll eine Schürze der Firma Krupp entwendet haben. Deshalb wurde er von der Beklagten nicht nur freilich entlassen, sondern ihm wurde auch sein Urlaubsgeld einbehalten. Vor Gericht erzählte der Kläger den Vorgang und wehrte sich ganz entschieden gegen den Vorwurf, einen Diebstahl begangen oder beabsichtigt zu haben. Das Gericht ließ den Diebstahl dahingestellt, zu seiner Beurteilung war lediglich der § 10 Abs. 1 des Tarifvertrags für die Magdeburger Metallindustrie maßgebend, der in seiner klaren Fassung nicht vorschreibt, daß ein Arbeiter, der durch eigenes Verschulden Grund zu seiner Entlassung gibt, keinen Urlaub erhält. Demnach wurde die Firma beurteilt, an den Kläger 37,47 Mark zu zahlen. Verwunderung löst bei einem Kenner der Gewerbegerichtspraxis nur die Tatsache aus, daß immer und immer wieder Mitglieder der Metallindustriellen derartige Urlaubsforderungen als ungerecht

betreten lassen. Sie sollten doch bald diese Belästigung des Gewerbegerichts unterlassen und sich von ihrem juristischen Berater Rat holen lassen, daß man eine eingegangene Vertragsverpflichtung einzuhalten hat.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 15. September. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehmarkt wurden abgetrieben: 807 Rinder, und zwar 82 Ochsen, 186 Bullen, 622 Färsen und Kühe, 48 Ferkel, 587 Schafvögel usw., 2886 Schweine. Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder, A. Ochsen:
a) vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungekocht) 56-60 Gold-Dfl.
b) vollfleischige, ausgewaschene im Alter von 4 bis 7 Jahren 46-54 Gold-Dfl.
c) junge fleischige, nicht ausgewaschene u. ältere ausgewaschene 40-44 Gold-Dfl.
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 26-30 Gold-Dfl.

B. Bullen:
a) vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwerts 54-61 Gold-Dfl.
b) vollfleischige, längere 46-55 Gold-Dfl.
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 41-45 Gold-Dfl.

C. Färsen und Kühe:
a) vollfleischige ausgewaschene Färsen höchsten Schlachtwerts 54-62 Gold-Dfl.
b) vollfleischige, ausgewaschene Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 48-53 Gold-Dfl.
c) ältere, ausgewaschene Kühe und wenig gut entwickelte 30-42 Gold-Dfl.
d) mäßig genährte Kühe und Färsen 22-28 Gold-Dfl.
e) gering genährte Kühe und Färsen 15-25 Gold-Dfl.

D. Gering genährtes Jungvieh (Ferkel):
33-45 Gold-Dfl.

II. Rinder:
a) Doppeltender feinstes Mast 68-80 Gold-Dfl.
b) feinstes Mastkalber 56-67 Gold-Dfl.
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 45-55 Gold-Dfl.
d) geringere Mast- und gute Saugkälber 34-39 Gold-Dfl.

III. Schafe, A. Stainmastschafe:
a) Mastlamm und längere Mastlamm 45-50 Gold-Dfl.
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 34-44 Gold-Dfl.
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) 20-33 Gold-Dfl.

IV. Schweine:
a) Ferkelschweine über 150 kg (3 Jentner) Lebendgewicht 98-100 Gold-Dfl.
b) vollfleischige von 120-150 kg (240-300 Pfd.) Lebendgewicht 86-98 Gold-Dfl.
c) vollfleischige von 100-120 kg (200-240 Pfd.) Lebendgewicht 87-92 Gold-Dfl.
d) vollfleischige von 80-100 kg (160-200 Pfd.) Lebendgewicht 78-85 Gold-Dfl.
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfd.) Lebendgewicht 70-82 Gold-Dfl.
f) unrasene Sauen 80-92 Gold-Dfl.
g) geschlachte Eber 80-92 Gold-Dfl.

Verlauf und Tendenz: Rinder sehr langsam, sonst mittel. Ueberhand: 76 Rinder, 1 Rind, 1 Schaf, 1 Schweine. Die Preise sind Marktpreise für nichtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Preise des Handels ab. Statt für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Marktpreise erheben.

Magdeburger Produkten-Börse vom 15. September.

Die Preise verhielten sich in Goldmarkt. Weizen 10,90-11,00 Tendenz matt. Roggen 8,50-9,00 Tendenz matt. Sommergerste 12,50-13,50, Tendenz matt. Wintergerste 10,10-10,30, Tendenz rubig. Hafer 10,20-10,40, Tendenz matt. Mais 10, Tendenz rubig. Vorratserbsen 15,00-15,50, Tendenz mäßig. Alles für 50 Kilogramm netto ab Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Ladungen von 300 Ztr. Weizenmehl 32,50-33,50, Tendenz rubig. Roggenmehl 25,50-26,50, Tendenz rubig. Alles für 100 Kilogr. einfaß. Saft. Roggenkleie 6,40-6,60, Tendenz rubig. Roggenkleie 5,75-6,25, Tendenz matt. Alles für 50 Kilogramm ab Verabfertigung.

Magdeburger Zuckerbörse vom 15. September.

Der Preis für Weißzucker (auschl. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verabfertigung Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 21,50 Mark für gemahlene Melis. Tendenz rubig.

Berliner Produkten-Börse vom 15. September.

An der Mittagabgabe wurden notiert ab Station (Preise in Goldmark) ML 420 = 1 Dollar (Goldanteil): Weizen, märkischer 211-215, mecklenburg. — Roggen, märkischer 161-168, pomerischer — mecklenburgischer — Sommergerste 206-238, Wintergerste 174-178, Hafer, märkischer 174-182, Weizenmehl 30,00-34,25, feinstes Marken über Ostia, Roggenmehl 23,50-25,75, Weizenkleie 11,80, Roggenkleie 10,80, Raps 355-360, Einfaß — Viktoriaerbsen 26-31, kleine Speiserbsen — Futtererbsen 21,00-24,00, Weizen — Ackerbohnen — Widen 25,00-28,00, Lupinen, blaue, 12,75-14,00, gelbe — Geradella, neu — Kastanien 14,20, Feinbuchen 23,50-23,80, Erdnüsse, prompt 12,00, Guderhügel — Erdnüsse, 30-70 Proz. 2,00, Kartoffelflocken 17,30-18,00, (Getreide und Delfastern pro 1000 Kilogramm, das übrige pro 100 Kg.)

Telegraphische Auszahlungen.

	14. September		15. September		
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	168,71	169,13	168,68	169,10
Buenos Aires	1 Papier-Peso	1,687	1,691	1,687	1,691
Brüssel-Antwerpen	100 Franken	18,51	18,15	18,44	18,48
Danzig	100 Gulden	80,65	80,85	80,68	80,88
Oslo	100 Kronen	86,19	86,41	88,54	88,76
Kopenhagen	100 Kronen	102,27	102,53	102,62	102,98
Stockholm	100 Kronen	112,51	112,79	112,56	112,84
Helsingfors	100 finn. Mark	10,575	10,615	10,575	10,615
Italien	100 Lire	17,43	17,47	17,30	17,34
London	1 Pfund	20,332	20,382	20,334	20,384
Newyork	1 Dollar	4,195	4,205	4,195	4,205
Paris	100 Franken	1,74	1,78	1,982	1,985
Schweiz	100 Franken	80,96	81,16	80,96	81,16
Spanien	100 Peseten	60,97	61,16	60,42	60,58
Japan	1 Yen	1,703	1,707	1,708	1,710
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,561	0,563	0,569	0,571
Wien	100 Schilling	59,08	59,22	59,09	59,23
Prag	100 Kronen	12,42	12,46	12,43	12,47
Jugoslawien	100 Dinar	7,47	7,49	7,48	7,50
Budapest	100 000 Kronen	5,89	5,91	5,89	5,91
Sofia	100 Leva	3,065	3,075	3,065	3,075
Lissabon-Opporto	100 Escudos	20,925	20,975	20,925	20,975
Athen	100 Drachmen	6,09	6,11	6,09	6,11
Konstantinopel	1 Pfund	2,395	2,405	2,375	2,385

(Die Notierungen sind in Reichsmark angegeben.)

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Jede Frau kaufe nur „Duplex“-Pulver, aber nichts anderes!

Staunenregende Erfolge. — Ca 12 000 freilich Dantigebühren. — Zu haben in allen Apotheke. Prospekt kostenlos. Wenn nicht zu haben, wollen wir Versandpost nach. — Heilmittel, Chemisch-Pharmazeutische Industrie 106, Brauburg, Berliner Straße 161/7.

Kukirol

Wenn Jemand das Wort Kukirol hört, so denkt er gewöhnlich nur an Hühneraugen. Kukirolen bedeutet aber richtige, also Kukirol-Fußpflege betreiben. Nicht nur in Deutschland, sondern in 56 Staaten der Erde wird kukirolt, und zwar nicht nur mit dem allerdings am längsten bekannten Kukirol-Hühneraugen-Pflaster, sondern mit den Kukirol-Präparaten überhaupt. Zu ihnen gehören noch das Kukirol-Fußbad und der Kukirol-Streupuder. Zur Vervollkommenung der Fußpflege bringen wir jetzt neu heraus

die Wärme erzeugende Kukirol-Einlegesohle

Sie ist das Produkt langer Erfahrungen und Versuche, aus bestem Material hergestellt zum erfolgreichen Gebrauch gegen kalte und nasse Füße. Sollten Sie die Kukirol-Einlegesohle, die in allen erforderlichen Größen erhältlich ist, in einzelnen Geschäften noch nicht erhalten können, so erbitten wir Mitteilung durch Postkarte unter Angabe Ihrer Schuhnummer. Wir veranlassen dann die Zusendung durch eine unserer zahlreichen Verkaufsstellen.

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg, Fabrik: Kukirolstraße, Verwaltungsgebäude: Reilbahnstraße



Stämme, die einträglich hier lebten, um von Grenten zu benen haben...

Stämme, die einträglich hier lebten, um von Grenten zu benen haben...

Stämme, die einträglich hier lebten, um von Grenten zu benen haben...

Stämme, die einträglich hier lebten, um von Grenten zu benen haben...

Starrs und Venus.

Von Max H. H. H.

Der nächste Schritt ist ein schmerzliches Schritt...

Der nächste Schritt ist ein schmerzliches Schritt...

Der nächste Schritt ist ein schmerzliches Schritt...

Der nächste Schritt ist ein schmerzliches Schritt...

Der nächste Schritt ist ein schmerzliches Schritt...

Der nächste Schritt ist ein schmerzliches Schritt...

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Wissenschaft.

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Von Sand und Seilen.

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Kulturgeschichtliches.

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Starr, sagte Stella, "du, Peter, daß du gerade jetzt von mir gehen mußt..."

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 16. September 1925.

Aussperrung in der Metallindustrie.

Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Orthopädiemechaniker und Wandagisten sind in den beiden größten Betrieben ausgesperrt. Ursache der Aussperrung bei den Firmen Prof. Dr. Blende und Sanitätsrat Dr. Kirsch am Mittwoch den 9. d. M. war, Ablehnung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses vom 2. September durch beide Parteien. Die Belegschaften dieser Betriebe verlangten von ihren Arbeitgebern Stellungnahme zu der Lohnfrage, da sie nicht gewillt seien, sich der Auffassung des Arbeitgeberverbandes anzuschließen, zu dem Lohnabkommen vom 15. Mai weiter zu arbeiten. Die Betriebsvertretungen suchten Verhandlungen nach, bekamen aber bei der Firma Blende von dem neugeborenen Chef, Herrn Dr. Orell (ehemaliger Wandagist), zur Antwort, wer nicht zu den alten Bedingungen arbeiten wolle, solle sich den Betrieb von draußen ansehen. Herr Sanitätsrat Dr. Kirsch war zutroffenmüder als der ehemalige Arbeiter im obengenannten Betriebe. Er hörte wenigstens die Arbeiter an; hatte auch Verständnis für die Notlage seiner Leute, bedauerte nur, allein nicht aus der Reihe marschieren zu können, der Arbeitgeberverband habe so befohlen.

Die Haltung des Arbeitgeberverbandes wird ja diktiert und beeinflusst vom Gesamtverband deutscher Arbeitgeberverbände und der Stellung der gegenwärtigen Reichsregierung. Selbst wenn die Lage der Unternehmungen günstig ist, lehnen die Arbeitgeberverbände jegliches Andrehen der Lohnschraube ab, um die Preisabbauaktion der Reichsregierung nicht zu gefährden. Wer laßt da? Denn wenn die Herrschaften unter sich sind, reißen sie ihre Glößen über die politischen Kinder, die da ernstlich sich dem Glauben hingeben, einen Preisabbau durchzuführen zu können. Die vom Arbeitgeberverband angebotene Aussperrung fünf weiterer Betriebe, wenn die Arbeit am Montag den 14. d. M. in den obengenannten nicht aufgenommen wird, ist Tatsache geworden. Die armen Opfer des Weltkriegs (die Kriegsbeschädigten) sowie die Opfer vom Schlachtfeld der Arbeit können ja auf ihre Protessen warten, bis es dem Unternehmertum dieser Industrie gefällig ist, sich mit ihren Arbeitern zu verständigen. Die Arbeiter werden ihre in der Abwehr stehenden Kameraden nach besten Kräften unterstützen und vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten verlangen, Maßnahmen zu ergreifen, daß solche Konflikte in Zukunft nicht zum Schaden der Kriegsbeschädigten ausarten.

Kulturausgaben der Gemeinden.

Nach einer in den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ für das Ruhrgebiet“ veröffentlichten Statistik, die auf Grund einer Rundfrage des Essener Stadtkämmerers Seipel über die Finanzlage der Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zusammengestellt worden ist und 67 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von insgesamt 3,1 Millionen Köpfen umfaßt, haben diese Gemeinden im Jahre 1925 für hygienische, sportliche und kulturelle Zwecke insgesamt rund 16,5 Millionen Mark verausgabt. Im Jahre 1924 wurden für diese Zwecke in den gleichen Gemeinden nur 9,3 Millionen Mark aufgewendet, im Jahre 1914 gar nur 6,4 Millionen Mark. Obwohl diese Ausgaben als „freiwillige Ausgaben der Gemeinden“ bezeichnet werden, ist ihre Bedeutung für die Allgemeinheit außerordentlich groß und ihre Einschränkung keinesfalls zu wünschen.

Auf den Kopf der Bevölkerung wurden für diese gesundheitlichen und kulturellen Zwecke im Jahre 1914 nur 2,19 Mark verausgabt, im Jahre 1924 ebenfalls nur 2,65 Mark, dagegen im Jahre 1925 bereits 5,28 Mark. Die Steigerung ist sehr erfreulich. Daß die Haushaltspläne der Gemeinden durch diese Ausgaben immerhin nicht überlastet werden, ergibt sich aus der Tatsache, daß diese „freiwilligen“ Kultur- und Gesundheitsausgaben im Jahre 1914 nur 2,87 Prozent, im Jahre 1924 gar nur 2,60 Prozent, aber selbst im Jahre 1925 nur 4,22 Prozent des gesamten Ausgabenetats der in den Kreis der Berechnung einbezogenen Gemeinden ausgemacht haben.

Im übrigen ist bei der Beurteilung der höheren Ausgabensteigerung des Jahres 1925 zu berücksichtigen, daß sich in dieser Steigerung in sehr vielen Gemeinden nur das Nachholen einer Entwicklung ausdrückt, die während der Kriegs- und Inflationszeit vollständig vernachlässigt worden ist. Damals mußten die kulturellen und gesundheitlichen Aufgaben der Gemeinden bitter Not leiden. Das muß natürlich jetzt endlich wettgemacht werden, wenn nicht dauernde Schädigungen der Volksgesundheit entstehen sollen. Es ist begreiflich, daß hierdurch für das Jahr 1925 eine ungewöhnlich starke Steigerung dieser Ausgaben hervorgerufen werden mußte. Wünschenswert wäre es, wenn diese rheinische Statistik auf die Gemeinden des gesamten Reiches erweitert werden würde.

Schramm und Lehrerbildung.

Das Institut für Jugendkunde hatte zum Freitagabend die Lehrerschaft Magdeburgs zu einer Zusammenkunft in der Aula der Luisenschule geladen. Im Rahmen seiner Veranstaltungen hatte das Institut Herrn Professor Dr. Schferl, Staatsminister a. D., zu einem Referat über das Thema: „Schramm und Lehrerbildung“ gewonnen. Der recht interessante Vortrag war ein sehr erfreuliches Zeichen für das lebendige Interesse, das die Lehrerschaft gerade diesen Fragen entgegenbringt. Und — das sei vorweggesagt — die spontane Zustimmung, die seine Zuhörer Herrn Professor Dr. Schferl am Schluß seines Referats, dem lebendigsten Geiste getragenen Worten entgegenbrachte, werden dem Redner ein Zeichen dafür sein, daß ein großer Teil der Magdeburger Lehrerschaft mit ihm das gleiche Ziel verfolgt. Dem Vortrag voraus begrüßte der Lehrentsamer die Geladenen mit der Hymne an die Freude, anschließend folgte der Vortrag von Professor Dr. Schferl, dessen grundlegenden Gedanken sich etwa dahin zusammenfassen lassen:

„Die preußische Denkschrift zur Frage der Lehrerbildung, der die Lehrerschaft durchaus nicht in allen Teilen — nicht einmal in allen wesentlichen — zustimmen kann, bringt dennoch eine Fülle neuer Gedanken. Die wichtigste, begrüßenswerteste Neuerung liegt in dem Gedanken, das Abiturientenexamen zur Vorbereitungsmaßnahme für den Lehrberuf zu machen. Die Anforderungen, die Kultur und Geistesleben an das Lehramt stellen, sind von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gestiegen. Darüber hinaus entziehen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse mehr und mehr die Kinder der Erziehung der Eltern. Es ist daher notwendig, daß diese Verluste an erzieherischen Werten, diese Lücken ersetzt, ausgefüllt werden. Das ist die Aufgabe der Schule. Damit wird die Schule Helferin der Familie. Sie wird — erwünscht aber unerwünscht vom Kinde — Mittelpunkt der Lebenswelt des Kindes. Darin liegt in der Folge begründet, daß auch die Anforderungen, die an die Vorbildung der Lehrer gestellt werden — werden müssen, steigen. Diese Erkenntnis führt zu der Frage, ob die bisherigen Lehrerbildungsanstalten — die Seminare — ihre Aufgabe auch in Zukunft würden lösen können. Daß diese Frage verneint werden muß, trotz der großen Leistungen, die die Seminare gerade auf dem Gebiet der Allgemein- und Berufsausbildung der Lehrer aufzuweisen haben, liegt darin begründet, daß die akademisch gebildeten Lehrer im Laufe der Jahre die Allgemeinbildung auf eine Höhe gebracht haben, die weit über den Rahmen der Seminarbildung hinausragt. Das gleiche gilt für die Berufsbildung. Die notwendige Folge muß und wird sein die Trennung von Allgemein- und Berufsbildung bei der zukünftigen Lehrerausbildung.“

Wirtschaftsformen im Luftverkehr.

Die fortlaufend veröffentlichten Berichte der deutschen Luftverkehrsvereinigungen haben in den letzten Monaten gezeigt, daß die innerdeutschen Linien des regelmäßigen Luftverkehrs und die wichtigsten internationalen Strecken, an denen Deutschland Anteil hat, im August d. J. die Ausdehnung von 21 500 Kilometern Streckenlänge haben. Diese, gegenüber dem Vorjahre, gewaltige Vermehrung der Strecken des Luftverkehrs zeigt, welchen beträchtlichen Anteil dieses neue Verkehrsmittel im Gesamtverkehrsorganismus des Reiches heute schon erreicht hat. Man braucht ja nur den Vergleich zu ziehen, daß das Gesamtschiffverkehrsnetz der deutschen Eisenbahnen heute nur 52 000 Kilometer beträgt, die regelmäßigen Routen öffentlichen Luftverkehrs also schon annähernd die Hälfte der Schienenwege der Eisenbahn an Ausdehnung erreicht haben. Diese Zahlen zeigen also eine außerordentlich ansteigende Kurve in der Entwicklung der Handelsluftfahrt, die sich natürlich nicht nur in der Länge der beflogenen Strecken fühlbar macht, sondern in noch höherem Maße auch in der Beförderung von Personen und Frachten. 65 000 Flugpassagiere sind bis Anfang August von den beiden deutschen Luftverkehrsunternehmen befördert worden, 45 000 auf den 13 000 Kilometer betragenden mit Junkers-Flugzeugen beflogenen Strecken, 20 000 auf dem 3500 Kilometer umfassenden Netz des Aero-Loyds-Konzerns.

Dieser erhebliche Aufschwung der deutschen Handelsluftfahrt ist um so höher zu bewerten, als ihm ein

Betriebsrückgang in England und Frankreich

gegenübersteht. England hat im Laufe des Jahres auf der ihm wichtigsten internationalen Luftlinie der Strecke London-Berlin den englischen Betrieb wegen Mangels an Flugzeugen einstellen und diese Arbeit ganz mit dem in Betriebsgemeinschaft wirkenden deutschen Aero-Loyds-V. G. überlassen müssen. Der Rückgang des englischen Flugzeugparks ist so stark, daß dessen Gesamtzahl vom Luftminister im Interhaus jetzt auf zwölf Flugzeuge beziffert wurde, d. h. gerade auf den sechsten Teil der heute im mitteleuropäischen Luftverkehr eingesetzten Junkers-Maschinen. Dieser Streckeneinstellung steht im Betrieb der staatlich monopolisierten englischen Luftverkehrs-Gesellschaft Imperial Airways ein Rückgang an Zahl der beförderten Personen auch auf den anderen Linien zur Seite. Nach der letztveröffentlichten Statistik wurden im Laufe von zwölf Monaten 13 478 gegenüber 15 013 Personen im Vorjahre befördert.

Auch in Frankreich, das eine friedliche Verständigung wegen des Ueberfliegens deutschen Gebiets nicht gesucht hat, mußte der Luftverkehr auf die Durchführung einer seiner früher wichtigsten Strecken, nämlich den Flugdienst Straßburg-Prag, in diesem Jahre verzichten, und erlitt es überdies den schweren Rückschlag, daß die Schweiz den französischen Flugzeugen der Gesellschaft C. N. A. die Konzession für die Beförderung von Personen entzog.

Die auffällige Erscheinung der aufsteigenden Entwicklung der deutschen Handelsluftfahrt — d. h. des internationalen mitteleuropäischen Luftverkehrs, an dem Deutschland durch die Betriebsgemeinschaft seiner Luftverkehrsgesellschaften Anteil hat — gegenüber dem Niedergang bei den Weststaaten hat in den Nachrichten der ganzen Welt Aufsehen erregt. In Amerika beschäftigt sich die öffentliche Meinung auffallend mit ihr. Der Bericht eines langjährigen Mitglieds des National Advisory Committee for Aeronautics, der jetzt in über 30 amerikanischen Zeitungen erschienen ist, schildert ausführlich diesen Zustand der europäischen Handelsluftfahrt und zieht daraus den Schluß, daß Amerika für sein eigenes jetzt geplantes Vorgehen vor allem die in Deutschland gemachten Erfahrungen zugrunde legen müsse.

Den Grund für den Vorprung des deutschen Luftverkehrs gegenüber dem der Weststaaten sieht gerade Amerika in der zweckmäßigen Form der wirtschaftlichen Organisation der deutschen Handelsluftfahrt. In England und Frankreich werden nach den Schilderungen des sachkundigen Amerikaners enorme Regierungssubventionen aus militärischen oder nachpolitischen Gründen an den Luftverkehr gezahlt und diese staatliche Form lenkt die Entwicklung der Handelsluftfahrt auf un-

wirtschaftliche Wege ab. Die deutsche Handelsluftfahrt demgegenüber hat unter der Mollage außenpolitischer Bedrückung und, nur geringfügig unterstützt vom freien Kapital sowie im Rahmen der beschränkten Reichsmittel nur mit den notdürftigsten Subventionen versehen, sich von vornherein ausschließlich darauf einstellen müssen, den Luftverkehr möglichst frei von der staatlichen Beihilfe auf eine eigene gesunde wirtschaftliche Basis zu stellen. Als Gradmesser dafür, bis zu welchem Maße dieses Streben in Deutschland heute erfolgreich gewesen ist, muß man den Anteil betrachten, welcher heute die vom Reiche gewährten Subventionen am Betrieb der deutschen Handelsluftfahrt tragen. Zu Anfang der Entwicklung konnte in Deutschland Luftverkehr fast nur auf solchen Strecken betrieben werden, für die Reichssubventionen zur Verfügung standen. Heute aber stellen die vom Reiche subventionierten Linien nur etwa den vierten Teil des von den beiden großen Luftverkehrsunternehmen durchgeführten Gesamtbetriebs dar. Von den gut 13 000 Kilometern der in der größten Betriebseinheit des mitteleuropäischen Luftverkehrs mit Junkers-Flugzeugen, teilweise des dreimotorigen Großtyps beflogenen Strecken sind heute nur noch 3400 Streckenkilometer vom Reiche subventioniert. Diese Zahlen zeigen, in wie starkem Maße der Luftverkehr im Begriff steht, sich als ein gesunder Wirtschaftskörper von der staatlichen Vormundschaft frei zu machen.

Gewiß wird die Handelsluftfahrt auch weiterhin Reichssubventionen ebensowenig entbehren können wie die Schifffahrt noch heute bei uns und selbst in den Vereinigten Staaten. Aber die Mittel, welche den starken oben geschilderten Aufschwung ermöglichten, konnten die beschränkten Reichsgelder niemals abdecken, und allein auf sie gestellt, hätte die deutsche Handelsluftfahrt niemals ihre Eingliederung als ein gleichwertiges neues Glied in das Gefüge der Gesamtwirtschaft antreten können. Nur aber sind dank dem Aufbruch der Luftverkehrsunternehmen in Form von Betriebsgemeinschaften zahlreicher örtlicher und auch verchiedenstaatlicher Luftverkehrsgesellschaften, deren Träger in Deutschland die Städte, Landkreise, Handelskammern, wirtschaftliche Verbände, Einzelunternehmen aus Industrie, Handels- und Bankwelt in der verschiedensten Form geworden sind, die Kapitalien für die Handelsluftfahrt unmittelbar aus den Kreisen der Wirtschaft aufgebracht worden, welche als Träger des Verkehrsbedürfnisses die unmittelbar Interessierten an dieser Entwicklung sind.

Der amerikanische Fachmann nennt diese Schaffung der europäischen Luftverkehrsunion durch die deutsche Handelsluftfahrt den ersten Versuch internationaler Luftfahrt-Kooperation. Er sieht die wirtschaftliche Vorbereitung für dies Vorgehen in der Notwendigkeit, in rein geschäftsmäßiger Art und Weise die Betriebskosten des Luftverkehrs herabzusetzen, was in weitestgehendem Maße nur durch eine einheitliche Handhabung des Verkehrsbetriebs, die Verwendung gleichartiger, im Gesamtbetrieb auszunutzender Flugzeuge, eine gemeinschaftliche Versicherung der Flugzeuge des Personals und der Flugpassagiere und eine den Einzelinteressen jedes Teilhabers gerecht werdende Streckenführung erreicht werden könne.

Tatsächlich ist für die große Betriebsgemeinschaft des mit Junkers-Flugzeugen beflogenen Luftverkehrs in Mitteleuropa diese organisatorische Zusammenfassung und durch die Anfang dieses Jahres erfolgte Gründung der Europa-Union bis zu einem gewissen Abschluß gebracht worden. Die Europa-Union ist eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, in welche die verschiedenen örtlichen deutschen Luftverkehrsgesellschaften sowie solche zahlreicher mitteleuropäischer Staaten mit Teilen ihres Vermögens, vor allem an Flugzeugen, eingetreten sind. In der Europa-Union sind durch die örtlichen Luftverkehrsgesellschaften zahlreiche große Städte und flührende Kreise der Wirtschaft aus den verschiedensten Gebieten beteiligt. International umfaßt ihr Wirkungsbereich heute schon acht innerdeutsche und acht außereuropäische Gesellschaften. Daß alle diese Kreise dem Luftverkehr das Vertrauen erheblicher Kapitalbeteiligungen entgegengebracht haben, zeigt, in wie hohem Maße die deutsche Wirtschaft heute von der neuen Form der Handelsluftfahrt unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil erwartet.

Amoral und geistliche Schulaufsicht.

Es gibt keinen Zufall. Daß die große Mehrheit unserer Völker, vor allem auch unsere Arbeiterschaft, die verrothende Wirkung des Krieges so schnell überwand, während in so manchen Offiziers- und Akademikerkreisen diese moralische Läuterung nicht nur ausblieb, sondern zum organisierten Mord und Mordmord gedieh, hat tiefere Gründe, die nicht zuletzt in der Erziehung wurzeln.

Die Offiziere und Akademiker, die sich in immer neuen Verbänden oder Geheimorganisationen zusammenschließen und gleichermaßen den Staat wie das Leben der Staatsbürger bedrohen, rekrutieren sich gewiß zum Teil aus den Zusammenbruch entwurzelten Egoisten sowie aus jenen Elementen, die ihre sonst so bequeme Karriere verbaut haben, aber sie würden ganz sicherlich in der „höheren Schuljugend“ und in Studentenkreisen nicht immer wieder zahlreiche Witterungsmorone finden, wenn die Erziehung dieser Jugend im Elternhaus wie besonders in der höheren Schule und auf den Universitäten eine andre wäre.

Die Volksschule will man nun verschlagen und der Kirchenaufsicht unterstellen, obwohl die Moral des Volkes dem doch eine ganz andre ist als die jener „höheren“ und akademischen Kreise, aus denen die Mordorganisationen immer noch so lebhaften Zulauf erhalten. Dort sollten die Herren Luther und Schiele gegen Amoral, gegen Sittenlosigkeit und Verbrecheninstincte ankämpfen, auf diese Auswüchse höherer Schulernziehung sollte die Geistlichkeit aller Konfessionen verweisen. Die Achtung vor den Mitmenschen und die Pflichten gegenüber dem Staate, die die Volksschule lehrt, stehen in schroffem Gegensatz zu der Gesinnungshebe zu mancher Oberlehrer und zu der Verehrung, die im Geschichtsunterricht höherer Schulen jedem Mörder, dessen Namen die Geschichte aus dem Altertum übermittelt, gezollt wird.

Eine Jugend, die jeden Dolchstoßler alter Zeit als aufrichtigen und tapfern und von glühender Vaterlandsliebe besessenen Helden und wie einen Gott verehrt, die eine Jugend, der die Feme, die nur ihrer Zeit der absoluten Rechtslosigkeit gerecht werden wollte, in geheimnisvollen und lockenden Farben geschildert wird, eine Jugend, die zum Haff gegen die innerpolitischen Ereignisse des Jahres 1918 hysterisch erregt worden, eine solche verblendete Jugend läuft natürlich Ver-

(Fortsetzung des reaktionellen Teiles nächste Seite.)

Zu diesem Punkte des Problems, um den der vorausdenkende Teil der Lehrerschaft seit einem Jahrzehnt kämpft, hier steht die Reichsvereinfassung ein. Leider scheint sich Kreuzen bei der Regelung dieser Fragen nicht auf die Verfassung stützen zu wollen. Immerhin ist der große Fortschritt zu bezeichnen, daß fortan das Abiturium Grundlage für jede Lehrerausbildung ist. Die Seminare werden aufgelöst.

Bei näherer Untersuchung der Grundprinzipien, nach denen zukünftig die Lehrerausbildung vor sich zu gehen hat, tritt sofort der wichtigste, die Berufsausbildung bestimmende Faktor in den Vordergrund, das ist die Erziehungsfähigkeit. Sie muß in dem jungen Menschen, dem zukünftigen Lehrer in besonders hohem Maße vorhanden sein. Wichtiger als jede Ausbildung ist die richtige Auswahl. Die beste Gewähr hierfür bietet die Hochschule. Nur ist ausschließlich die Allgemeinbildung der angehenden Lehrer vorzubehalten. Aufgabe der pädagogischen Akademie dagegen wird es sein, die Studenten, die sich zum Lehrberuf berufen fühlen, dem Stofflichen Interesse und der Bedeutung des Stoffes gerecht zu werden. Die Frage, ob dieses rein pädagogische Inhalt eines Studiums sein kann, ob die Pädagogik eine Wissenschaft ist wie andre auch, ist zu bejahen. Das Lehrstudium — die Berufsausbildung der Lehrer — muß zum Inhalt haben den Begriff — Bildung — im umfassendsten Sinne. Es hat zu umfassen: die im Kinde, im Volke, in der Menschheit ruhenden Bildungskräfte, die im Schönen ruhenden Bildungsziele und das im Lehrer ruhende Bildungswert, das Bildungswirken.

Während die beiden ersten Begriffe Inhalt des Universitätsstudiums sind, wird das Bildungswirken, das Bildungswirken Hauptinhalt sogen. pädagogischer Akademien sein müssen. Eine erste, vorbildliche solcher Akademien ist das sogen. pädagogische Institut in Sachsen.

Das Leben an dem Institut bringt die Studenten, die angehenden Lehrer vom ersten Semester an in unmittelbare Berührung mit den Kindern. Wenn diese unausgesetzte Fühlung Grundlag ist, dann ist notwendigerweise die Institutsführung das Wichtigste. Tatsächlich verfährt das Institut nach diesen Grundfassen. Die Studenten sind ständig tätig, gleichsam als Lehrer, ohne daß jedoch die Kinder im geringsten pädagogische Versuchobjekte der Studenten würden.

In Preußen werden nun demnächst pädagogische Akademien eingerichtet. Bei der Engherzigkeit mancher Behörden in der Auslegung der Regierungserlasse ist für diese Akademien noch manches zu befürchten. Daher ist es durchaus notwendig, schon jetzt — vor ihrer Errichtung — einige bestimmte Forderungen aufzustellen. Einmal darf der Gedanke des „Befähigungstests“ nicht auf diese pädagogischen Akademien ausgedehnt werden; das würde von vornherein eine Spaltung bedeuten. Weiter darf die Zahl der zu errichtenden Akademien nicht allzu gering angesetzt werden. Und schließlich dürfen die Akademien nicht zu klein, nicht auf zu enge Arbeitsgebiete beschränkt werden.

Auf Grund seiner bisherigen Erfahrungen die sicher berechtigten Hoffnung aussprechend, daß das im Werden begriffene Werk sich entwickeln, sich entfalten möge im Interesse unserer Jugend, der Zukunft eines jeden Volkes, schloß der Redner. Die Veranlassung klang aus in einem dem ersten und doch lebendigen Vortrag fern sich einfügenden Liede.

Die Kultur-Einzelgebiets-Verträge bringt, wie aus dem Inhalt der vorliegenden Ausgabe zu ersehen ist, einen neuen Artikel heraus, und zwar eine neuartige, patentamtlich geschützte Kultur-Einzelgebiets-Verträge. Diese Kultur-Einzelgebiets-Verträge erzeugen Wärme und stellen somit einen wirksamen Schutz gegen kalte und nasse Fäule und deren Folgergebnisse dar. Für die Güte des neuen Kultur-Fabrikats bürgt wohl der Ruf der Firma, deren Präparate heute in 46 Staaten bekannt und beliebt sind. Es ist anzunehmen, daß der nach vielen Millionen abgesetzte Preis der Kultur-Einzelgebiets-Verträge durch diese Neuheit noch eine erhebliche Erweiterung erfahren wird. Die Kultur-Einzelgebiets-Verträge sind in den Apotheken und Drogerien erhältlich, und unsere Leser können sich dort jederzeit ohne Kaufzwang von der Wirkung dieser neuartigen Kultur-Einzelgebiets-Verträge überzeugen.

brechern und Abenteuerern ins Garn und sinkt dabei vollends in stützliche Verwirrung hinab.

Nicht eine Verschlagung der guten Volksschule, sondern eine höhere sittliche Erziehung jener Jugend, die höhere Lehrtätigkeiten und Universtitäten besucht, ist oberste Pflicht und dringendste Aufgabe des Staates.

Ein Sechzigjähriger. Am 17. September wird der bewährte Parteigenosse und Gewerkschaftler Friedrich Drechsler 60 Jahre alt. In Wurg geboren, lernte er nach dem Besuch der Volksschule Tischler und war schon in jungen Jahren in Gewerkschaft und Partei in der vorbersten Reihe tätig. Bis 1904, als er nach Magdeburg ging, um in die Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes neben Ferdinand Bender einzutreten, war seine Wirksamkeit eng mit Partei- und Gewerkschaftsbewegung der Vaterstadt verknüpft. In Magdeburg weitete sich sein Wirkungskreis; er wurde Gauleiter des Verbandes, Aufsichtsratsmitglied des Konsumvereins und später Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Was er an diesen Stellen für seine Klassenossen geleistet hat, wissen die zu würdigen, die diese Arbeit näher kennen. Die sechs Jahrzehnte haben aus Friedrich Drechsler zwar einen grauen, aber keinen alten Mann gemacht, und so dürfen wir hoffen — und wir wünschen es auch von Herzen —, daß er noch eine nicht zu kurz bemessene Spanne Zeit unter uns und für uns schaffen kann.

Die Sudenburger Knaben-Mittelschule bezieht am Sonntag den 12. September ihr diesjähriges Spiel- und Sportfest, dem schonigen Wetter begünstigt. Vormittags fanden die Wettkämpfe zwischen den einzelnen Klassen nach Art der Reichsjugendwettkämpfe statt. Mittags um 1 Uhr rückten die Klassen unter den Klängen einer Musikkapelle und unter Vorantritt des Trommler- und Pfeiferkorps der Schule vom Schulhof zum Festplatz. Hier gab es für die zahlreich erschienenen Zuschauer viel zu sehen. Schön nahmen sich die Frei- und Stabübungen der verschiedenen Klassen aus. Ganz besonders Beifall aber fanden die von den 2. und 1. Klassen vorgestellten neuzeitlichen Übungen. Bei den danach stattfindenden Kämpfen (Stafellauf, Wettklettern, Weit- und Hochsprung, Faustball) wurde hart um den Siegespreis gekämpft, wobei sehr gute Leistungen zu beobachten waren. Zum Schluß fand die Siegerverkündigung durch Rektor Hoff statt, der auch besonders den Wert der Preisübungen hervorhob. Erst mit dem Eintritt des Abends nahm das fröhliche Leben und Treiben der Schulkinder ein Ende.

Voranschichtliche Wandern durch die Umgebungen von Neuhaldensleben. Am 21. und 27. September unternimmt der Dozent der Volkshochschule Karl Engel je eine vorgeleitete Wanderung in die Umgebungen von Neuhaldensleben. 1. Wandertag: Der Sitzkreisabend von Hundsbürg. Die bronzenen Kegeleisen bei Dönsfeld. Heimatmuseum des Altervereins in Neuhaldensleben. 2. Wandertag: Das Hünenaraberfeld von Neuhaldensleben. An beiden Sonntagen Abfahrt 6 24 vormittags, Rückkehr 8 08 abends. Der Einführungsvortrag (mit Lichtbildern) wird am Donnerstag den 17. September, abends 8 Uhr, in der Aula der Kunstgewerkschule gehalten. Eintritt frei. Die Teilnahmegebühr für beide Wanderungen beträgt 3 Mark Karten nur in der Buchhandlung Karl Peters, Breiter Weg 50.

Der Singsonntag der Volkshochschule. Dem Aufste der Magdeburger Volkshochschule zum öffentlichen Singen waren im Laufe der Jahre der Männer-Gesangverein „Reform“ unter Leitung seines Dirigenten Schüler und die Sudenburger Männergesangsvereine unter Leitung der Dirigenten Döring und Bengien gefolgt. An beiden Orten hatte sich ein großer Zuhörerkreis gesammelt, der den Darbietungen der Sänger mit lebhaftem Interesse und herzlichem Beifall folgte. Der Leiter der Magdeburger Volkshochschule Wilsberg begrüßte die Sudenburger Sänger und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es aus Anlaß des öffentlichen Singens gelungen sei, die sechs Sudenburger Männer-Gesangsvereine zu gemeinsamem Tun zusammenzuschließen. Er wies auf die Bedeutung der Musikpflege gerade in der werktätigen Bevölkerung hin und würdigte die Kulturarbeit, die die Sängerchor durch ihre Veranstaltung erfüllen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Einrichtung des Singsonntags sich mehr und mehr einbürgern möge und daß ein ähnlicher Zusammenschluß zum gleichen Zwecke auch in andern Stadtteilen erfolge.

Die Marktpreise. Im allgemeinen scheinen sich die Preise auf dem Wochenmarkt jetzt zu halten. Am Mittwoch stellten sich die Gemüsepreise wie folgt: Birjingsohl pro Kopf 35 Pf., nach Gewicht das Pfund 15 Pf., Weißohl 5, Rotohl 10 Pf., das Pfund Mömentohl wuß je nach Kopfgröße mit 35 bis 50 Pf. bezahlt werden. Grüne Bohnen kosten 35 und 40 Pf., Schoten 40 Pf. das Pfund. Zwiebeln haben ihren Preis auf 10 Pf. das Pfund gesetzt. Schnittlauch kostet 17 und 20 Pfennig das Pfund, entfallen müssen sie mit 25 Pfennig bezahlt werden. Für Karoffeln werden noch immer 4, 4 1/2 und 5 Pf. verlangt. Pilze waren auch diesmal reichlich vorhanden. Pfifferlinge kosteten 90 Pf., Steinpilze und Champignons 70 Pfennig das Pfund. Die geringeren Sorten waren mit 50 Pfennig ausgezeichnet. Die Obstpreise sind recht unterschiedlich infolge der zahlreichen Qualitäten. Äpfel und Birnen von 20 bis 50 Pf., Pfäumen 18 und 20 Pf. je Pfund. Tomaten kosteten 20 Pf., Preiselbeeren 40 bis 50 Pf. Eier machten sich ziemlich rar. Ihre Preise schwanken wieder zwischen 15 und 17 Pf. Ein Stück Landbutter kostete 1 20 Mark, Holzerbutter 1 30 Mark. Auf dem Fleischmarkt war nur geringes Angebot. Rindfleisch mußte mit 1— bis 1 40 Mark, Schweinefleisch mit 1 30 bis 1 50 Mark das Pfund bezahlt werden.

Eine Gasentzündung auf dem Flugplatz. Am Dienstag nachmittag, kurz nach 6 Uhr, trat eine Entzündung ein, ein französischer Gasman in Begleitung eines deutschen Verbindungsfliegers, auf dem hiesigen Flugplatz ein. Die Kommandanten nahen eine Besichtigung der Flugzeuge und Flugplatzhallen der Magdeburger Luftschifferei vor.

Das Halberstädter Flugzeug in Magdeburg. Am Dienstag mittag gegen 1 Uhr landete auf dem hiesigen Flugplatz ein gewöhnliches Flugzeug ein. Das Flugzeug ist gewöhnliches Eigentum des Luftverkehrs Halberstadt und des dortigen Vereins für Luftfahrt und ist mit einem 50-PS-Siemens-Straßmotor ausgerüstet. Es erweist, während des Fluges von unten beobachtet, an die Anapler-Lande seligen Angehörigen. Das Flugzeug soll in Halberstadt für Schulzwecke und Passagierflüge Verwendung finden. Besonders geeignet für Schulzwecke ist das

Flugzeug schon deswegen, weil die beiden Führerplätze unmittelbar nebeneinander eingebaut sind — im Gegensatz zu andern Flugzeugen, bei welchen sich die Sitze hintereinander befinden. Infolge dieser neuartigen Anordnung der Sitze ist eine bessere Ausbildung der Schüler gewährleistet, da Lehrer und Schüler gleichzeitig die Betätigung der Steuerorgane beobachten bzw. kontrollieren können. Das Flugzeug wurde von dem Direktor der Hode-Wulf-Flugzeugwerke Wulf geführt. Im Laufe des Nachmittags führte das Flugzeug hier einige Probezüge aus. Gegen 6 Uhr 45 Minuten erfolgte der Start zum Weiterfluge nach dem endgültigen Bestimmungsort — Halberstadt. Doch mit des Geschickes Mächten... die Ehrenjungfrauen von Halberstadt, die bereits zum drittenmal mit Blumensträußen bewaffnet das Flugzeug auf dem Halberstädter Flugplatz erwarteten, um es gebührend zu empfangen, mußten auch heute wieder ohne Erfolg nach Hause gehen. Das Flugzeug mußte kurz nach dem Abflug auf einem Acker südlich der Berliner Chaussee am Gübber Dam in infolge Motordefekts notlanden. Die Notlandung verlief ohne Schaden für Flugzeug und Insassen. Der Führer hofft im Laufe des heutigen Vormittags nach Behebung der Störung den Weiterflug fortsetzen zu können. Öffentlich sind bis dahin die Blumen der Halberstädter Ehrenjungfrauen noch nicht verteilt.

Keine Sammlungen für die Pfeifferischen Anstalten. Immer wieder tauchen Sammler auf, die ohne oder mit falscher Legitimation für die Pfeifferischen Anstalten Beiträge und Liebesgaben einziehen, die sie wahrheitsgemäß zu ihrem eigenen Vorteil verwenden. — Ebenso ziehen Hausierer umher, die angeblich in den Pfeifferischen Anstalten angefertigte Waren, zumeist zu Wucherpreisen dem Publikum aufdrängen. — Vor solchen Betrügnern wird dringend gewarnt, und es wird gebeten, sie sofort der nächsten Polizeiwache zu übergeben.

Geeignete und ungeeignete Auswanderer. Von seiten der deutschen Einwanderungsstellen im Ausland sind in letzter Zeit zahlreiche Klagen darüber gekommen, daß viele deutsche Auswanderer sich als gänzlich ungeeignet erwiesen haben; es sind vielfach Leute, die gar nicht die ernstliche Absicht haben, zu arbeiten, sondern sich auf Kosten der deutschen Kolonie durchfüttern lassen wollen. Zum Beispiel entnehmen wir dem letzten Jahresbericht des Deutschen Hilfsvereins in Sao Paulo, daß in ganz erheblicher Zahl solche Einwanderer, trotzdem ihnen durch den Hilfsverein Arbeit nachgewiesen worden war, es vorgezogen haben, diese Arbeit nicht anzunehmen, sondern bei der deutschen Kolonie unter Verufung auf ihre angebliche Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit umherzubetteln. Derartige Egoisten machen dem deutschen Namen im Ausland keine Ehre und sind zur Auswanderung gänzlich ungeeignet. Wer ernstlich arbeiten will, der wird bei den deutschen Einwanderungsstellen stets verständnisvolle Unterstützung finden und nach Möglichkeit, soweit das die Lage des Arbeitsmarktes gestattet, auch Arbeit vermittelt bekommen. Gerade in Südamerika sind in letzter Zeit wieder eine Reihe neuer Berufstätigkeiten von seiten der deutschen Kolonien geschaffen worden. Die genauen Adressen dieser Stellen, ohne deren Kenntnis kein Auswanderer hinausgehen sollte, sind jederzeit von der amtlich anerkannten gemeinnützigen Auswandererberatungsstelle des Instituts für Auslandskunde, Grenz- und Auslandsstudium in Leipzig, Gohlis, Friedrich-Rau-Str. 22, in Erfahrung zu bringen (bei schriftlichen Anfragen 1 40 Mark für Porto und Auskunftsgebühren beilegen).

Ihr Ziel erreicht. Die Ehefrau W. Bismarckstraße wohnhaft, vergiftete sich am Dienstag mittels Leuchtgas. Nachdem die von den Samaritern der Feuerwehr angefertigten Wiederbelebungsbemühungen ohne Erfolg gewesen waren, wurde die Leberstube von einem Herzschlag betroffen, worauf der Tod eintrat.

Im Streit der Wähler in Magdeburg. Die bisher bestehenden Differenzen wegen des neu abzuschließenden Mantelkarris, wobei es zu einem 5 1/2 wöchigen Arbeitsstreik kam, sind endgültig beigelegt. Die Arbeit ist am 15. d. M. in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Wilmersdorf. Heute Mittwoch den 16. September, abends 8 Uhr, Gauenabend bei Schul-Gesellschaft Vortrag des Kameraden Pape über Reichsbanner.

Achtung, Jugendabteilungen! Am Freitag den 18. September, abends 8 Uhr, Singen sämtlicher Jugendleiter sowie aller Jugend-, Zug- und Gruppenführer bei E. Hols, Nollnerstraße 22.

Abteilung Wilmersdorf. Der Ertrag nach Verbrennung fahrt Sonnabend abends 7 35 Uhr. 2 freien Kömerer Spielplatz 16 Uhr. Karten sind für diejenigen, welche den Fahrdreis an die Kameradenschaftsführer noch nicht entrichtet haben, am Freitag abend bei E. Hols, Nollnerstraße, ferner spätestens 10 Minuten vor Abfahrt des Zuges beim Kameraden Fiedler zu haben.

Abteilung Wilmersdorf. Am Samstag den 19. September in sämtlichen Räumen des „Kameradenvereins“ ein großes Verlangen, bestehend in Konzert, Theater und Ball, ab Beginn pünktlich 7 30 Uhr. Es wird erwartet, daß sich alle Kameraden daran beteiligen.

Veränderung Verbrennung fahrt am Samstag ab Magdeburg 7 35 Uhr abends, ab 7 42 Uhr ab Emden 7 55 Uhr, ab Verbrennung 9 05 Uhr abends. Rückfahrt am Sonntag abends 8 45 Uhr. Abfahrt in Magdeburg 10 10 Uhr.

Kleine Chronik.

Schwere Straßenbahnunfälle in Berlin. In den Abendstunden am Dienstag fuhr in der Wilmersdorfer Straße, Ecke Starjüngerndamm, ein Straßenbahnzug der Linie 79 infolge Verzögerung der Luftbremse an der Haltestelle auf einen Kriechwagen der Linie 76 auf. Die Vorderperren des Triebwagens wurden schwer beschädigt, wobei acht Fahrgäste leicht verletzt wurden. Eine bisher noch unbekannte Dame erlitt einen Herzanfall. Sie befindet sich im Krankenhaus in der Achenbachstraße. Die übrigen Verletzten wurden nach Behandlung auf der Rettungshalle in ihre Wohnungen entlassen. — Ein folgenschwerer Zusammenstoß ereignete sich am Dienstag abends in der Wiener, Ecke Lanziger Straße, zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 191 und einer Autodrosche. Dabei zogen sich drei Personen Schnittwunden durch Glassplitter zu. Eine vierte erlitt einen Herzanfall. Nach Anlegung von Notverbänden konnten sich die Verletzten jedoch in ihre Wohnungen begeben. Da durch den Zusammenstoß der Triebwagen aus den Schienen gesprungen war, entstand noch eine längere Verkehrsstockung, so daß sämtliche nachfolgenden Linien umgeleitet werden mußten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Zwischen 11 und 11 1/2 Uhr abends fuhr in der Forthagerer Straße ein Straßenbahnwagen der Linie 9 in den Anhänger der Linie 113. Zieben Personen mußten zur Unfallstation in der Forthagerer Straße gebracht werden, konnten aber, da sie leichter verletzt waren, nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden.

Raubüberfall in Berlin. Ein Raubüberfall wurde am Dienstag mittag in dem Hause Unter den Linden 86 verübt. Ein dort befindliches Bankgeschäft ließ durch einen 77jährigen Kassierboten 25 000 Mark von der Seehandlung abholen. Der alte Mann steckte das Geld in einem Umschlag in die innere Westentasche und ging zur Bank zurück. Im ersten Stock des Hauses begegnete ihm drei Männer. Plötzlich fühlte der Kassierbote einen Ruck und merkte, daß ihm das Geldpäckchen aus der Tasche gerissen worden war. Die drei Männer entflohen. Laut um Hilfe rufend, setzte der Verabte ihnen nach. Auf der belebten Straße wurden Passanten und Polizei sofort aufmerksam. Man beobachtete, daß einer der Verfolgten in das Haus Nr. 18 hineinflüchtete, während die beiden andern den Blicken der Verfolger entzogen. Der alte Kassierbote erkannte ihn sofort als einen der Räuber wieder. Der Entappte hatte seinen Mantel und Hut unter dem Treppenschlag versteckt, um die Verfolger zu täuschen. Er wurde verhaftet und auf der Wache als ein italienischer Kaufmann Giovanni Santacelli festgestellt. Seine Gelder sind entkommen. Der Verhaftete will sie nicht kennen. Die 25 000 Mark wurden in der Tasche des Räubers gefunden.

Drei Kinder verbrannt. Am Dienstag früh ist in Rathenow bei Pirna ein Haus niedergebrannt. Von der das Haus bewohnenden Familie Schöne war der Chemann morgens 4 Uhr nach Pirna gegangen, die Frau hatte das Haus zu einer Besorgung verlassen. Bei ihrer Rückkehr vermochte sie von den vier Kindern nur noch den Säugling zu retten. Drei Kinder im Alter von 1 1/2, 2 und 5 Jahren sind in den Flammen umgekommen. Die Entstehungsurache des Feuers ist unangeklärt. Vermutlich hatten die Kinder mit Streichhölzern gespielt.

Raubüberfall in der Eisenbahn. Auf der Fahrt von Schwargenbeck nach Hamburg gesellte sich am Montag in Bergedorf ein Reisender zu fünf jungen Männern aus Schwargenbeck und Umgegend. Er schloß sofort die Fenster des Wagens und stellte sich dann mit dem Rücken gegen die Tür, während er die Hände hinter sich hielt und unbemerkt eine betäubende Flüssigkeit gestäubte. Bald waren die fünf Reisenden eingeschlafen. Bei dem Bahnhof Berliner Tor erwachte einer von ihnen und stellte fest, daß ihm seine Brieftasche mit dem Gelde fehlte. Unter großer Mühe weckte er seine Freunde, die auch ihrer Brieftasche beraubt waren. Der Fremde war verschwunden, doch sahen sie ihn auf dem Hauptbahnhof aus einem andern Wagon springen. Es gelang, ihn zu ergreifen. Im Besitz des Räubers der aus Berlin kam und in Bergedorf die Fahrt unterbrochen hatte, fand man die den Schwargenbeckern geraubte Brieftasche und ein Betäubungsmittel.

Tragödie eines Liebespaars. Am Dienstag früh verjuchten der 21 Jahre alte Kaufmann Hans Klopfer und seine Braut Gertrud Rudolf aus Leipzig in einem Gasthof in der Dessauer Straße in Hofs-lau Selbstmord zu verüben. Die beiden waren am Montag abend in Hofs-lau angekommen und hatten in dem Gasthof übernachtet. Klopfer hat allem Anschein nach zuerst auf das Mädchen geschossen und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet. Er war sofort tot. Fraulein Rudolf wurde schwer verletzt in das Dessauer Kreis-Krankenhaus geschafft. Ueber die Beweggründe verläutet noch nichts, da das Mädchen noch nicht vernunftfähig ist.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Orte.	15. 9.	16. 9.	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.
Himbura	+ 0,40	—	—	—	—	—
Brandeis	+ 0,31	—	—	—	—	—
Reinick	+ 0,66	—	—	—	—	—
E. Imeris	+ 0,55	—	—	—	—	—
Auffig	+ 0,54	—	—	—	—	—
Dresden	+ 0,68	—	—	—	—	—
Sargau	+ 1,16	0,14	—	—	—	—
Wittenberg	+ 1,32	—	—	—	—	—
Wobkau	+ 1,68	—	—	—	—	—
Alten	—	—	—	—	—	—
Barby	+ 1,75	0,06	—	—	—	—
Magdeburg	+ 1,24	0,06	—	—	—	—
Sangerhüde	+ 1,10	—	—	—	—	—
Wittenberge	+ 1,89	—	—	—	—	—
Engen	—	—	—	—	—	—
Dömitz	+ 1,38	—	—	—	—	—
Wolchau	—	—	—	—	—	—
Doberlug	—	—	—	—	—	—
Sobinstorf	+ 1,38	—	—	—	—	—
Düben	—	—	—	—	—	—
Wilsdr.	+ 0,68	0,02	—	—	—	—
Anstret und Saate.	—	—	—	—	—	—
Grochlis	+ 1,12	—	—	—	—	—
Stroba Atp.	+ 1,88	0,04	—	—	—	—
Verburg Atp.	+ 0,98	0,08	—	—	—	—
Ralbe Oberpe.	+ 1,54	0,04	—	—	—	—
Ralbe Unterpe.	+ 0,58	0,10	—	—	—	—
Gröyche	+ 0,63	0,09	—	—	—	—
Sabel.	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	+ 2,00	—	—	—	—	—
Oberpegel	+ 2,00	—	—	—	—	—
Brandenburg	+ 0,87	—	—	—	—	—
Unterpegel	+ 1,46	—	—	—	—	—
Rathenow	+ 0,22	—	—	—	—	—
Oberpegel	+ 1,46	—	—	—	—	—
Rathenow	+ 0,22	—	—	—	—	—
Unterpegel	+ 1,75	0,05	—	—	—	—
Savelberg	+ 1,75	0,05	—	—	—	—

Wetterbericht.

Der hohe Druck über dem zentralen Europa hat an Anfang weiter angenommen, er zeigt heute nur noch einen kleinen Kern mit Barometerständen von über 770 mm über dem mittleren Deutschland. Er veranlaßt zunächst aber immer noch die Fortdauer des heiteren, tagelänger milden Wetters; nur an der Obermündung ist im Bereich eines hohen Randstiefs etwas Regen gefallen. Da die im Westen und Norden am Rande des Hochs vorhandenen Störungen unter Wetterlage zunächst noch nicht beeinflussen werden, so müssen wir weiter mit der Fortdauer des schönen Herbstwetters rechnen.

Aussichten für Donnerstag: Fortdauer des heiteren, trocken-tagsüber milden Wetters.

Die **3** Tage **Donnerstag** **Freitag** **Sonnabend**

Sonderverkauf von Restbeständen in **GARDINEN** Künstler-Gardinen, Madras, Engl. Tüll, Etamine im Preise bedeutend ermäßigt Ein Stores auf Extra-Posten auf Extra-tischen ausgl.

Deutsche Teppiche in enormer Auswahl zu Preisen, welche anerkannt billig sind **H. LUBLIN** von **900** an

Einmal ist keinmal Immer stimmt's zwar nicht. Wer von einem Raubbold eine Ohrfeige bekommt, wird obigen Spruch wohl kaum als richtig gelten lassen. Wenn aber zum Beispiel eine Dame sich alle Vierteljahre nur einmal das Haar mit dem bekannten Kopfwaschmittel „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“ wäscht, so ist das im Hinblick auf eine vernünftige Haarpflege eben „keinmal“. Sie hat zwar das rechte Mittel gewählt, aber sie muß diese so überaus nützliche Kopfwäsche mit „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“, kurz gesagt „Schwarzkopf-Schaumpon“, mindestens alle 14 Tage vornehmen, und sie wird erstaunt sein, wie leicht es ist, sich bis ins späte Alter locker-ppiges Haar zu erhalten. Das echte Fabrikat trägt die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“.

Vor dem erweiterten Schöffengericht wurde wieder gegen fünfzehn Personen, die ausschließlich der unteren Bevölkerung angehörten, verhandelt, weil sie gegen den § 218 verstoßen haben...

Zum Katzentanz selbst das ewig alte Lied: In Loburg, einem kleinen, noch nicht einmal 6000 Einwohner zählenden Städtchen, lernt die 17jährige Minna Batsch den Arbeiter Otto Meher kennen...

Diese zittert vor dem allgewaltigen Bürgermeister wie Espenlaub, man legt ihr nahe, zu gestehen, wenn nicht, dann müsse sie stunden-, vielleicht auch tagelang dableiben, bis alles geklärt ist...

Mit Kuhlbars als Hauptangeklagtem sitzen zehn Mädchen und Frauen, außerdem noch vier männliche Personen auf der Anklagebank. Zum Teil sind sie geständig, zum Teil widerrufen sie ihre protokollierten Angaben...

Das Sachverständigengutachten des Medizinalrats Dr. Voretius war insofern interessant, als er überzeugt davon war, daß bei sämtlichen weiblichen Angeklagten eine Schwangerschaft vorliegen habe...

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kuhlbars wegen zwei Mordtaten und sechs verführter Abtreibungen und wegen des Verbrechens gegen eine Minderjährige zehn Jahre sechs Monate Zuchthaus, 1 Jahr Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust...

bis zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, in zwei Fällen, mangels genügender Beweise, Freisprechung.

In seinem über einstündigen Plädoyer wandte sich Rechtsanwalt Dr. Hammererschlag gegen diese ungemessen harte Strafe, wie überhaupt gegen den ganzen § 218. Es sei bedauerlich, daß die Novelle zum Strafgesetzbuch noch nicht verabschiedet worden sei...

Das Urteil: Nach über dreistündiger Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten Kuhlbars wegen verführter Abtreibung in acht Fällen zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Gegen zehn weitere Angeklagte wurden Strafen von 6 Wochen bis zu 6 Monaten Gefängnis verhängt...

Spar- und Konsumgenossenschaft. Die Generalversammlung findet nächste Woche „am Mittwoch“ statt. Jeder Genossenschaftler hat sich diesen Abend für diese Versammlung frei zu halten.

Eine wichtige Funktionärsitzung der Partei findet morgen (Donnerstag) abend 8 Uhr in der Mädchenschule, Kapellenstraße, statt. Zutritt nur gegen Ausweis oder Mitgliedsbuch...

Kreis Zerichow 1.

Gerwisch. Eine öffentliche Versammlung veranstaltet das Reichsbanner am Sonnabend abend 8 Uhr im Lokal von Beder. Referent Kamerad Pape (Magdeburg). Thema: Reichsbanner und Politik.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. Wichtige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Freitag den 18. September, abends 8 Uhr, bei A. Thiele. Stellungnahme zu den Kreis- und Provinziallandtagswahlen...

Groß-Ottersleben. Wichtige Gemeindevorstandssitzung heute (Mittwoch) abend 1/2 8 Uhr in der Schule Magdeburger Straße 30. Tagesordnung u. a. Übertragung von Ackerparzellen als Baugrund...

Groß-Ottersleben. Freie Schulgesellschaft. Am Freitag abend 8 Uhr findet in den „Samsajalen“ eine Versammlung der Freien Schulgesellschaft statt.

Klein-Ottersleben. Die Verdringung von Emil Schübe, unserm Parteimitglied, fand am Dienstag unter großer Beteiligung statt. Genosse Schübe hat ein Alter von 68 Jahren erreicht. Als Handwerker in jungen Jahren von einer ungerechten Obrigkeit verfolgt, gehörte er zu den Aufrechtesten...

Schermke. Um eine Flasche Schnaps. Große Getreidebühler wurden durch den Kriminalbeamten Opye von der Landesstrafpolizei aufgebrochen. Er beobachtete, wie nachts aus einer Scheune des Rittergutes Strauß regelmäßig Dienstage und Freitags Getreide gestohlen wurde...

Wahrheit beruht, sondern von einem bösen Republikaner in die Welt gesetzt ist. Bei der Aufdeckung dieser Getreidebühler ist es übrigens dem Kriminalbeamten gelungen, noch andre Getreidebühler ans Licht zu bringen.

Unseburg. Sozialdemokratischer Verein. Der Besuch der Mitgliederversammlung war nur mäßig. Vor Eintritt in die Tagesordnung erließen die Mitglieder das Andenken des verstorbenen Genossen Otto Bönnel durch Erheben des rechten Armes. Genosse Heinrich Wenig gab den Bericht vom Bezirkstag...

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Dahlenwarzeleben. Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Donnerstag den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Krause. Buntlichtes und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Althaldensleben. Aus dem Porzellanarbeiterverband. Die Mitgliederversammlung hätte besser besucht sein müssen. Der Vorsitzende, Genosse Hermann Bilg, gedachte erndend der verstorbenen Kollegen Hermann Jost und Karl Pandrol. Dann hielt Genosse Feldmann einen Vortrag über die Aufwertung. Jeder Genosse, der mit Aufwertungsfragen zu tun, erhält im Arbeitersekretariat in Neuhaldensleben Rat und Auskunft...

Sparjam sein

Und doch genutzfreudig bleiben, will wohl gelernt sein. Sie bereiten sich einen schönen, aber billigen Genutz, wenn Sie nach dem neu bearbeiteten Oetker-Rezept einen Käse-Kuchen backen.

Er ist vollmundig, wohlschmeckend und außerordentlich nahrhaft.

Table with 2 columns: Zutaten zum Teig and Zutaten zum Belag. Includes ingredients like Butter, Eier, Zucker, Mehl, Quark, etc.

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen. Zubereitung: Zuerst bereitet man den Mürbeteig. Eier und Zucker werden mit einem Teil des mit dem Backin gemischten Mehles verrührt...

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Die Himmelschuhe.

Novelle von Luise Schulze-Brüd.

Copyright by Giese & Beder, Verlag, Leipzig.

(3. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Und im Laufe des Nachmittags fand sich noch der eine und der andre von der Welterschaft ein, und es wurde ein ganz reputierliches Wiedersehen.

Die Biette Busch wußte freilich ganz genau, welcher ihrer Eigenschaften das galt, wußte, daß, wenn sie heimgekommen wäre mit einem magern Bündel am Arm und einem blaffen Kind an der Hand, sich keiner gerührt und geregt hätte.

Wiz sie Bett und Tisch und Stuhl gekauft und das Häuschen notwendig hergerichtet hatte, war auch ein ordentliches Loch in ihren Sparjam gerissen, da mußte sie darauf bedacht sein, ihn wieder zu mehrzen. So ging sie auf Tagelohn, aber immer hielt sie sich adrett und apart, immer war ihr Kind von Kopf bis Fuß sauber wie geleckt und mit besten, feinemn Sachen angetan als die Bauernkinder.

Seinen Taufnamen hatte sie freilich vorlegen müssen, als sie sich und das Kind anmelden mußte. Aber sie hatte gelernt, mit Mannsleuten umzugehen. Und Ortschulze und Lehrer fanden, es sei gar nicht nötig, daß die Bauern was anderes wüßten, als daß die Biette Busch das Kind einer verstorbenen, weitläufigen Waise von der Wiese und ihr Patenkind sei.

Herzen in ihrem Kirchenstuhl, fühlte die gebückte Luise ihres Jermes und Hasses noch nach — und der Pastor hatte gut predigen von der christlichen Liebe und der Verzeihung, die Brüder und Schwestern einander angebeihen lassen müßten — und vom Vergessen — die Busche-Lies vergiebt nicht und vergab nicht, und von christlicher Liebe wußte ihr Herz nichts.

Und als die Frau des Halsen-Frich endlich gestorben war, da stand auf dem Kirchhof beim Begräbnis die Lies gerade dem Grabe gegenüber, hoch aufgerichtet, und ihre schwarzen Augen saßen dem Witwer nicht aus dem Gesicht, so lange, bis er aufgeschaut hatte, gerade in ihre Augen hinein, die sie nicht niederzulegen, mit denen sie ihn anfang bis in sein Innerstes hinein. Und dann hatte sie im Totenamt von ganzem Herzen für die arme Seele beten können, der's gewiß jetzt wohler war als seit den Jahren ihrer Ehe, und sie war mit einem gesättigten Gefühl heimgegangen, so, als ob jetzt etwas aus dem Wege geschafft sei, was sie bis dahin gepeinigt hatte.

Drängen hörte die Busche-Lies jetzt einträgliches Veten heller Kinderstimmen: „Jesus, der für uns gestorben ist“, das waren die Schulkinder, die zu den sieben Kreuzen beten gingen für den Sterbenden, für den die Glocke geläutet hatte. Wieder schob sie das Vorhängchen zur Seite und lugte ein wenig hinaus. Die Erstkommunikanten waren das, die Mädchen, ein Duzend wohl, die beteten am frömmsten, die waren am bravsten und reinsten, darum wählte man sie zum Beten an den sieben Steinkreuzen aus, die da in der Dorfllur weit verstreut überall in den Kreuzwegen aufgerichtet waren, uralt, mit Moos bewachsen, viele so verdrückt, daß man den daranhängenden Heiland schon gar nicht mehr untersehen konnte.

Ihre Neugier, die von all den Erinnerungen verdrängt worden war, kam wieder. Wer möchte da sterben? Sie rückte an dem Raffemas — das lang leer. Sie wollte beim Krämer ein Viertelpfund kaufen, da hörte sie's ja. Sie kramte nach einer reinen Schürze, da pochte es heftig aus Fenster. Die Nachbarin reckte den Kopf herein mit weit aufgerissenen Augen: „Gott! Ich dann all gehirt, Nachbarin (Nachbarin)? Marjusepp, esu eppes! Da sieht mer ett wider — heut wold, morgen doht! So, mer kann mit Recht singe: „Wetern noch auf jolgem Noffe, morgen in das kühle Grab.“

Und in der Aufregung summte sie das Lied nach.

„Watt is dann passiert?“ Aber Grabersch-Mutter schien gar nicht voranzugehen, daß die Busche-Lies nicht wisse, was passiert sei, denn ihr Redestrom floß ungeschemmt weiter.

„Ja, unser Herrgott, der mußte einen dach zu finden, wenn man sich auch noch so stolz aufblähte und in Sünden und Lasten hinliebe und meinte, es könnt' einem nichts geschehen, das mußte all nichts. Und wenn einer auch weiter ginge als die Morgenröte und sich verträube in den Bauch der Erde, Er fände einen dach. Und ist auch gut so, daß alles richtig eingeteilt ist auf dieser Welt, und daß die Selbster und Brasser zuletzt doch gestraft werden.“

Busche-Lies wußte, daß es für diesen Redestrom kein Aufhalten gab, und so hörte sie ruhig zu, bis Grabersch im Gefühl, daß bei so großen Ereignissen auch die gewöhnliche Zurückhaltung fallen könne, lauerig hinwarf: „Und an Euch hat er sich auch vergangen und verjüngt, wenn Ihr auch nig davon sagt, Busche-Lies,“ und einen Moment innehielt, um Atem zu schöpfen und das Gesicht der Lies zu beobachten.

Die Lies fühlte, wie es ihr heiß und kalt wurde. „Ja, aber wer denn? Und was denn? Was is passiert?“ Grabersch schlug die Hände überm Kopf zusammen: „Ihr wist von nig? Ja, aber wer is denn bei ihm? Wer verjort ihn denn und verpflegt ihn — wo doch keiner sich zu helfen weiß und der Doktor heut' morgen hier vorbei auf Weiskirchen gefahren is, un' erst auf den Abend wiederkommt?“

Busche-Lies stand längst draußen bei der Nachbarin. Jetzt schüttelte sie Grabersch ungerne am Arme.

„Nu steht mal Red und Antwort, wann Ihr könnt, und laßt Euer Geschwätze, Grabersch, und sagt, wem was passiert is.“

„Na, dem Halsen-Frich. Der is auf sein Steier“ geklettert und hat da was runterholen wollen, un da is er durahgefallen und auf den Scheuerboden aufgeschlagen, und sie jagen ja, hä hätte sich 's Müdfrenz gebrochen, un da hat hä gelegen e paar Stunden, weil hä nicht hat schreien können, bis sie ihn gefunden han, und han den Pastor geholt mit den Sackramenten, weil feiner weiß, ob er den Doktor noch erlebt.“

Und als sie der Lies versteinertes Gesicht sah, nickte sie zufrieden mit dem Kopfe:

„So! Wenn seine Frau gelegen hat und sich nicht rühren konnt vor Weisdag, dann hat hä often gekurrt, sie sollte aufstehen und sich nicht so anstellen. Nu merkt hä das, wie das is, wenn man sich nicht rühren kann.“

(Fortsetzung folgt.)

*) Ballengerüst in der Lenne.

beraumungen Sonnabends stattfinden zu lassen, und zwar jeden zweiten Sonnabend im Monat. Genosse Feldmann gab bekannt, daß am 1. Oktober die Invalidenbeiträge erhöht werden, daß dann aber der Invalidenbeitrag für Lehrlinge, ganz gleich, wie hoch deren Verdienst ist, allein vom Arbeitgeber zu tragen ist, und daß für Versicherte deren Arbeitseinkommen 8 Mark pro Woche nicht übersteigt, ebenfalls der Arbeitgeber den Beitrag für die Invalidenversicherung in voller Höhe zu zahlen hat. Zur Eröffnung des Verbandstags wird der Vorsitzende Genosse Pilz auf Kosten der Verwaltung entandt.

Neuhaldensleben. Wichtige Parteiverammlung Freitag abend 8 Uhr bei Herzog. Aufstellung der Kandidaten für die Provinziallandtags- und Kreistagswahl; außerdem soll die Agitation für die Partei und für die „Volksstimme“ vorbereitet werden. Es ist dabei Pflicht aller Genossinnen und Genossen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. — Wandergewerbeschein müssen bis zum 15. Oktober im Rathaus, Zimmer 6, unter Vorlegung des diesjährigen Wandergewerbescheins beantragt werden. Photographie und Gebühren für den neuen Schein sind mitzubringen.

Neuhaldensleben. Vom Motorrad überfahren. Der alte Invalide Fritz Weiler wurde am Sonntag vormittag überfahren. Weiler ging am Sonntag früh auf der Chaussee von Althaldensleben nach Wehringen. Kurz nach 7 Uhr kam der Kaufmann Labehn mit dem Motorrad die Chaussee entlang und fuhr den Invaliden an, wobei dieser ganz erhebliche Verletzungen davongetragen hat. Über auch der Motorradführer Labehn soll bei dem Unfall verletzt sein. Insbesondere soll seine Frau im Wogen vom Motorrad herabgefallen sein. Der alte Weiler wurde mit dem Fuhrwerk der Brauerei Schreier nach Hause gebracht. Wen trifft die Schuld an diesem Unfall? Anscheinend ist der Unfall wieder durch zu schnelles Fahren entstanden.

Höringen. Fahnenweihe. Die Kundgebung in Höringen am 6. September war ein machtvolles Fest zum Reichstag und ihren Farben. Eingeleitet wurde das Fest am Sonnabend durch einen Fackelzug. Freude und Begeisterung wuchsen, als die Helmplattler Jugendabteilung mit ihrem Trommler- und Pfeiferkorps eintraf. Und dieser imposante fackelumtobte Zug marschierte durch den Ort, die Bewohner aufrüttelnd zum Nachdenken über den Sinn der Republik. Im Willehien Festsaal hielt der Jugendkammerad Bruchhoff (Berlin) einen Sichtbilder Vortrag über die Entstehung der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold vom Jahre 1835 bis zu der heutigen Zeit. Jugendkammerad S. Pott aus Helmstedt ließ sich ihm an mit einem lebendig vorgetragenen Gedicht. Mit einem kräftigen Hoch auf die Republik schloß dieser Teil. Ganz und fröhliches Beisammensein beendeten den Sonnabendabend. Am Sonntag früh 6 Uhr Wesen, ausgeführt von der Helmplattler Jugendkapelle. Ununterbrochen kamen die Jüge der Ortsgruppen an und wurden durch die kräftige Musik der Helmplattler Kapelle begrüßt. Um 2 Uhr fanden die Wehringen zum Abmarsch bereit. Dann ging's zum Wehrplatz, umjäumt und begleitet von Zuschauern und Festteilnehmern. Die Kameraden nahmen vor der geschmückten Nebentribüne Aufstellung. Der Wehrdörfer Arbeitergesangverein Harmonie leitete die Weihe durch das Bannerlied „Lord Solcon“ ein. Der Ortsgruppenvorsitzende, Kamerad F. Helmuth, und der Kreisleiter, Kamerad K. Wiegner, hießen alle Kameraden und Festteilnehmer herzlich willkommen. Hierauf begrüßte Kamerad Brandenburg vom Gauvorstand alle Anwesenden mit feurigen, überzeugenden Worten und nahm dann den Wehrplatz vor. Seine Worte klangen aus in dem Gelächter, Ironie und sei's zur Republik und Verfassung zu stehen. Ein kräftiges dreifaches Hoch, der letzte Kern des Wehrplatzfestes schloß den Wehrplatz. Ein Helmplattler Jugendkammerad richtete noch einige temperamentvolle Worte an die Jugend, die Ortsgruppe Vorsitzende überreichte einem Vornamenagel. Neu formiert marschierte der Zug zum Wehrplatz, um die Gefallenen durch Niederlegung eines Kranzes zu ehren. Kamerad Wiegner hielt die Gedächtnisrede; mit gefalteten Händen wurde die Ehrung vollzogen und zum Andenken ein Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife niedergelegt. Anschließend begann der fröhliche Teil: Konzert, Tanzbelustigungen und kameradschaftliches Beisammensein. Das ganze Fest war gut verlaufen bis auf einen traurigen Zwischenfall, der sich unten im Dorfe vor dem Gasthause Albert Müller abspielte, wo sich Wehrdörfer Stahlhelmläufer befanden, meistens Arbeiter. Als die Alt- und Neuhaldensleber Kameraden vom Reichsbanner, fröhlich und jungend an dem Gasthause vorbeimarschierten, wurden die Fenster angegriffen und unsere Alt- und Neuhaldensleber Kameraden heftig beschimpft. Besonnen zogen unsere Kameraden dem Vorstoß zu und ließen die Stahlhelmläufer knurren. Arbeiter und Gewerbetreibende stehen hier noch sehr schön der Republik gegenüber. Aber wir sind überzeugt, dieser Tag hat in Höringen Eindruck gemacht, der nicht zu verwischen ist.

Kreis Kalbe.

Aus dem Stadtparlament Schönebeck.

Eine zeit Jahren unauflösende Verleumdung gegen den Wehrdörfer Genossen Kasten brach am Montag vor aller Öffentlichkeit in sich zusammen. Der Kreisrichter Krügermann, der 1920 selbst den Wehrdörfer Genossen Kasten hatte und von derselben Firma das Material zum Wehrdörfer anfertigen ließ wie Genosse Kasten, machte sich eines Tages dabei und erwiderte von der Wehrdörfer Genossen Kasten, daß die Wehrdörfer Genossen Kasten im Auftrag des Magistrats in händlicher Regie 1924 hatte ausführen lassen. Diese heimliche Fälschung ist ohne Wissen und Willen der Behörde geschehen. Die Fälschung wurde dann zur Unternehmung eingeleitet in der Hoffnung, den unbedeutenden Konkurrenz und Sozialdemokraten zu können. Seit langer Zeit erzählte man öffentlich in allen Kreisen, daß man endlich Kasten einen Strohhaub den Hals gelegt habe, der Magistrat brauche ihn nur zuzugreifen. Man habe alles in Bewegung gesetzt, um Gutachten einzufordern, die den Genossen Kasten des Betruges oder der Wehrdörfer der Stadt überführen sollten. Der Magistrat, in dem die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben, nahm die Sache endlich selber in die Hand und ließ nun ebenfalls Gutachten einholen. Der bürgerliche Stadtrat Herrmann wollte nun am Montag den Bericht des Magistrats in dieser Angelegenheit geben und sich dem Gutachten der Fachleute anschließen, die die Fälschung der Angriffe gegen den Genossen Kasten darinnen Stadtrat Herrmann empfindet den Stadtkonkurrenz, die ganze Sache als erledigt zu betrachten; ohne Widerspruch wurde in diesem Sinne beschlossen.

Darauf fragte Genosse Hartung mit Recht, wer dem Kreisrichter Krügermann den Auftrag gegeben hat, heimlich die Fälschung zu ermitteln. Genosse Hartung warf den Wehrdörfer Genossen Kasten, daß ihre Bestimmung im Magistrat gegen den Willen des Genossen Kasten bei Vergabe des Wehrdörfer an die Wehrdörfer die Stadt um etwa 15000 Mark gebracht zu haben, denn die jetzt eingeholten Gutachten über Wehrdörfer

anspruch beweisen die Nichtigkeit der damaligen Kalkulation des Wehrdörfer Kasten, die aber vom Magistrat verworfen wurde, weil die Bürgerlichen die Mehrheit ausnutzten. Genosse Hartung machte dann noch Ausführungen über die Baumumpflanzungen im Frühjahr, die der Stadt viel Geld gekostet haben. Die Bäume sind heute zum Teil wieder eingegangen. Den Standpunkt des Magistrats vertrat der Erste Bürgermeister. Der Magistrat habe nach bestem Wissen gehandelt. Man habe das Geld für den Wehrdörfer in Schönebeck lassen wollen, darum sei die gesamte Malerinnung mit diesen Arbeiten beauftragt worden. Trotzdem die Beschuldigungen gegen den Wehrdörfer Kasten in sich zusammengebrochen sind, glaubte der bürgerliche Stadtverordnete Hohlborn als „Sachverständiger“ dem Wehrdörfer Kasten doch etwas anhängen zu müssen. Er wollte damit den Wehrdörfer Kasten beruhigen. Das gelang ihm aber nicht, denn Genosse Kasten berichtete Punkt für Punkt über alle eingeholten Gutachten, die das Gegenteil bezeugen von dem, was die Bürgerlichen behaupteten. Sieb auf hieb saute auf die Bürgerlichen nieder und Genosse Kasten wies nach, daß die Stadt in 1 1/2 Jahren 15000 Mark durch die bürgerliche Mehrheit in der Angelegenheit des Wehrdörfer Kasten verloren habe. Aber damals wollten ja die Bürgerlichen ein Wahlversprechen an die Gewerbetreibenden einlösen. Die Anlagerde des Wehrdörfer Kasten wirkt niedererschütternd auf die Bürgerlichen, und Sachverständiger Hohlborn wurde ganz still. Für die Sozialdemokratie ist die Angelegenheit noch nicht erledigt, sondern sie wird die Öffentlichkeit über die Schädlichkeit einer bürgerlichen Mehrheit für die Stadt aufklären.

Die Stadtverordneten-Sitzung war sonst in ihrer Tagesordnung nicht bedeutungsvoll. Zu den Kosten der Drucklegung eines Stadtplans wurden 500 Mark bewilligt. Der Wehrdörfer Kasten einer Bürgerpflicht von 15000 Mark für die Heimstätten-Bau-Gesellschaft Schönebeck wurde zugestimmt. Für das Haus Wehrdörfer Weg 49 wurde einem Nachtrag, der eine Ermäßigung für die durch das Unwetter in Verbitert gefährdeten Einwohner wurde bewilligt. Dem Geflügelzuchtverein, der eine Verbands-Schau im „Stadtpark“ abhält, sollen zwei Preise zu je 50 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Einführung von Monats-Wehrdörfer oder -bloß für Fuhrwerke wurde nach längerer Aussprache dem Magistrat zur Ausführung überwiesen. Eine Anfrage der Genossen Helge und Hartung, warum der Wehrdörfer der Stadt für das Jugendheim bei Kluge gestrichen sei, wurde dahin beantwortet, daß am 1. Oktober der Zuschuß wieder gegeben wird. Eine Kontrolle des Jugendheims „Burgschänke“ durch Polizeigarde habe nicht stattgefunden. Genosse Hartung machte den Magistrat auf die zunehmende Arbeitslosigkeit und die Leertung aufmerksam und verlangte rechtzeitig Maßnahmen zur Linderung der Not. Der Magistrat sagt zu, die Sache im Auge zu behalten, um sofortige Maßnahmen treffen zu können. Nachdem noch in der Spielplatzfrage einige aufklärende Worte vom Vorsteher abgegeben waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Barby. Mendelsjoh-Bartholdy-Abend. Der Arbeitergesangverein Arion hatte am Sonnabend den Arbeiter-Gesangverein und den Gemischten Chor aus Zerbst zu Gast. Zwei des Abends war, eine Auswahl der besten Schöpfungen des großen Komponisten vorzuführen. Die Veranstaltung zeigte ein Bild fleißiger Vereinsarbeit, das auch von kunstverständigen bürgerlichen Besuchern warm anerkannt wurde. Leider stand mit der Hingabe der Sänger nicht die Zahl der Besucher in Einklang. — Jugendbuchwoche. Der Ausschuss zur Veranstaltung einer Jugendbuchwoche, an dessen Spitze Studentrat Dr. Danzfuß und Rektor Genosse Karstädt stehen, läßt jetzt die Vorarbeiten zur Bildung eines Ehrenauschusses ergehen. Auch die Gewerkschaften und der Arbeiterturnverein werden um Beteiligung gebeten. Am 6. Dezember wird abends ein großer Elternabend mit einer Buchausstellung stattfinden. Volks-, Aufbau- und Fortbildungsschule sowie einzelne Vereine werden sich in den Darbietungen teilen. Bezirksjugendpfleger Hoffmeister (Magdeburg) wird einen Vortrag halten. In mehreren größeren Pausen finden die Eltern Gelegenheit, sich mit den ausgestellten Büchern vertraut zu machen. — Eisenbahnfahrplan. Der bisher abends 10.10 Uhr eintreffende Berliner Zug wird vom 4. Oktober ab erst 10.31 Uhr hier ankommen, um in Güterglück die Fahrstraße des Magdeburger Zuges aufnehmen zu können, der vom gleichen Tage ab 9.20 Uhr Magdeburg verläßt und in Güterglück um 10.16 Uhr eintrifft. Zum Umsteigen stehen nur 4 Minuten zur Verfügung.

Eidendorf. Wichtige Parteiverammlung am Freitag den 18. September, abends 8 Uhr, im Gasthof der Frau Kunze.

Stappfurt. Fortschritte in der Kaliindustrie. Die Anhaltischen Salzwerte G. m. b. H. bringen ein neues Düngemittel in den Handel, das bis jetzt die Bezeichnung „Dikalziumphosphat“ führt, aber hoffentlich der deutschen Junge besser angepaßt wird. Hierüber machte Dr. Heine Mitteilungen im landwirtschaftlichen Verein zu Köthen. Dr. Heine war Direktor in der „Salze“, ist aber nach deren Fusion mit dem Anhaltischen Salzwerte in das neue Unternehmen als Mitarbeiter eingetreten. Dr. Heine führte aus, daß das Dikalziumphosphat einen sehr hohen Gehalt an Phosphorsäure habe, daß es aus dem Boden nur schwerliche Nährstoffe und keinen Ballast zuführe und daß er die für die Landwirtschaft sehr erwünschte Eigenschaft großer Nütz- und Streufähigkeit besitze. Mäße das neue Düngemittel den Ertrag der deutschen Acker recht beträchtlich steigern, zumal es fast ganz aus inländischen Rohstoffen herzustellen ist. Vielleicht gibt es auch noch einmal einen lebendigen Anhaltswortel an. — Reinhardtstraße. Die Polizeiverwaltung gibt bekannt, daß sie die neue Straße, die von der Wehrdörfer Straße zwischen den Häusern 18 und 20 nach Norden angelegt wird, „Reinhardtstraße“ benannt hat. Da jaßt man sich an den Kopf, wie dergleichen möglich ist. Als Bürgermeister Reinhardt, der der Jagd mehr Zeit gewidmet hat als seinem Amte, vor 18 Jahren aus dem Dienste geschieden ist, hat niemand in Stappfurt ihm eine Straße nachgewidmet, zumal er es verstanden hat, nach 24jähriger Dienstzeit eine Wiederwahl bei erhöhtem Gehalt durchzuführen, von der er nur 1 Jahr als krank und beurlaubt abspaziert hat, nur zu dem Zweck, um in den Genuss einer höheren Pension zu gelangen, die die Stadt zu bezahlen hatte. Niemand hätte damals daran gedacht, ihm eine besondere Ehreung zu erteilen. Was hat er überhaupt Besonderes für Stappfurt geschaffen? Sein einziges Verdienst — in den Augen gewisser Leute — bestand darin, daß er ein Erzenzionär und jüdischer Sozialistenverfolger war. Soll deshalb nun nach seinem Tod ihm zu Ehren eine Straße seinen Namen tragen? Wäre nicht die Reaktion auf dem Rathaus so stark, daß sie das wagen darf? Die Bevölkerung von Stappfurt hat bewiesen, daß sie in ihrer Mehrheit republikanisch gesinnt ist. Für diese Mehrheit bedeutet diese Straßenbenennung eine Herausforderung.

Stadtkreis Aschersleben.

Aschersleben. Eine Parteiverammlung findet am Freitag den 18. September, abends 8 Uhr, bei Zetsche, Lieber den Steinen, statt. Es wird über die bevorstehenden Unterbezirkskonferenzen und öffentlichen Wahlen verhandelt. — Die neuen Kraftstofflinien Aschersleben—Quenstedt—Arnstedt und Aschersleben—Hoym—Wallestein werden am 17. September eröffnet. Die beteiligten Gemeinden, namentlich die Stadt Aschersleben, leisten erhebliche Zuschüsse. Sollten die Linien sich trotz dem nicht lohnen, ist mit Wiedereinstellung des Betriebs zu rechnen. — Durch mißbräuchliche Feuermeldung ist die Feuerwehr wiederholt alarmiert worden. Dadurch entstehen natürlich unnötige Aufregung und Kosten. Ist wurde in einem Falle durch eingehende Nachforschungen festgestellt, daß ein vierjähriger Junge so lange nach der Glascheibe des öffentlichen Feuerwehlers mit Steinen geworfen hatte, bis sie zertrümmert war. Obgleich er sich lüchlig freute, als die Feuerwehr kam, wird er kaum das „strafrechtliche Bewußtsein der Straftat“ gehabt haben.

Altmark.

Goldbeck. Parteikonferenz. In der gut besuchten Konferenz des Unterbezirks Osterburg am 13. September wurde die Kandidatenliste für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die vorgeschlagene Liste wurde angenommen. Genosse Fabian (Magdeburg) gab Anregungen zur Agitation für Presse und Partei, und machte darauf aufmerksam, daß der einzigen Arbeiterzeitung im Verbreitungsbezirk, der „Volksstimme“, 60 bürgerliche Zeitungen aller Schattierungen gegenüberstünden, die zum großen Teile leider noch immer durch Abonnement der Arbeiterzeitung unterstützt werden. Die Strohkraft der Partei würde eine ganz andre sein, wenn wir mehr Leser der „Parteiwoche“ erhalten. Alle sozialdemokratischen Wähler müssen die „Volksstimme“ lesen. Auf Anfordern werden den Ortsgruppen wieder Probenummern zur Verfügung gestellt, um neue Leser zu werben. Genosse Gose (Seehausen) gab dann einen Bericht vom Bezirksparteitag. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) sprach für die beschlossene Einführung der Steuerklasse mit gleichzeitiger Erhöhung der Parteibeiträge für Männer auf 20 Pfg. und für Frauen auf 10 Pfg. Die Ortsgruppen müssen sich der Organisation der Frauen mehr als bisher widmen, denn wo ernsthafte Versuche für Werbung der Frauen für die Parteiorganisation gemacht sind, ist auch der Erfolg nicht ausgeblieben, das zeige besonders Seehausen. Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, kräftiger denn je für Ausbreitung der Partei und Presse zu wirken. Der Unterbezirksvorstand wurde dadurch ergänzt, daß der Sekretär Genosse Müller hinzugewählt ist.

Roßlau. Republikanischer Tag. Unter reger Anteilnahme der Bevölkerung des Stahlhelmländchens, reaktionären Dorfes fand am Sonntag eine große republikanische Kundgebung verbunden mit einer Fahnenweihe des Reichsbanners statt. Anordnungen der Kameradschaften aus der Umgegend waren erschienen. Durch die unermüdete Arbeit unserer Kameraden ist es auch in Roßlau gelungen, trotz Stahlhelmländchens und Schikanen der Arbeitgeber eine feste, kampfbereite Front von Republikanern zu schaffen. Unsere Arbeitsbrüder auf dem Lande werden erkennen müssen, daß der richtige Platz für sie nur in den Reihen der Republikaner, im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sein kann. Der Fackelzug am Sonnabend abend bot für Roßlau etwas ganz Neues. Beim lobenden Flammenschein hielt Kamerad Görn (Stendal) eine anfeuernde Rede. In kräftigen Worten geißelte er die Kriegshetze und nationalitätlichen Mauthelken, die neues Gend über die breiten Massen des Volkes bringen wollen. Ein Hoch auf die Republik und die Farben Schwarzrotgold beendete die Kundgebung. Am Sonntag trafen noch weitere Kameradschaften ein und es wurde ein imposanter Umzug durch das Dorf veranstaltet. Kamerad Guthardt (Osterburg) weihte das Banner. Der republikanische Gedanke auf dem Lande greift immer mehr Platz, und unsere Kameraden werden nicht müde werden zu werden für die republikanische Sache, bis auch in der Altmark die Reaktion in ihre Schranken zurückgebrängt ist.

Salzwedel. Ein Unterhaltungsabend der Frauengruppe findet am Freitag den 17. September im „Geller“ statt. Die Arbeiterjugend wird den Abend durch Schattenspiele, Volkstänze, Lieder und andre Vorträge ausfüllen. Auch wird der Mandolinenzug zur Unterhaltung beitragen. Genossinnen, sorgt für zahlreichen Besuch. Es ist Pflicht aller republikanisch gesinnten Frauen, zu dieser schönen Veranstaltung zu erscheinen.

Salzwedel. Groben Unfug verübten einige Störenfriede, indem sie in der Nacht zum Montag an verschiedenen Stellen Fensterläden aushängten und die Bänke sowie den Papierkorb an der Katharinentirche entfernten und beschmutzten. Es kommen wahrscheinlich Schmutzstrolche führte das Dienstmädchen D. aus Magdeburg in ihrer Stellung aus. — Wegen Tierquälerei wurde gegen den Händler Sp. Anzeige erstattet. Der Köhling, der im betrunkenen Zustand auf seinem Hundelarten saß, schlug blindlings auf die Hunde ein. — Eren Schabernack spielte ein Knecht aus Schieben seinem Arbeitgeber. Er entwendete ihm zwei Pflugschare und riß damit aus. Die Polizei nahm ihn fest. — Anzeige wurde gegen einen hiesigen Gastwirt wegen Wöllerei und unerlaubter Haltung von Damenbedienung erstattet.

Stendal. Ortsauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Delegierte und Gewerkschaftsbeamte! Am Donnerstag den 17. September, abends 8 Uhr, findet im Oeterischen Lokal eine außerordentliche Versammlung statt. Unter anderem stehen der Bericht über den Kauf eines Gewerkschaftshauses und die Aufstellung der Liste für die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf der Tagesordnung. Außer den Delegierten müssen auch sämtliche Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften anwesend sein. Die Abrechnung der Theaterprogramme muß am Donnerstag geschehen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Groß-Ottersleben. Sonnabend abend 8 Uhr bei Kamerad Körting wichtige Mitgliederversammlung. — **Tarfun.** Wegen anderweitiger Besetzung des Versammlungslokals kann die Monatsversammlung erst am Sonnabend den 26. September stattfinden. — **Salzwedel.** Die Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Nach Aufnahme neuer Mitglieder wurde beschlossen, am dem republikanischen Tag in Arndsee am 27. September teilzunehmen. Am 4. Oktober findet ein republikanisches Treffen in Kalbe a. d. R. und am 11. Oktober in Büchow statt. Beide Orte sollen besucht werden. Kamerad Spichow aus Klöße hielt ein Referat über die Entwicklung der Gesellschaftsordnung bis zur Weimarer Verfassung.

Ohne langes Zurichten keine Suppen
— 2 Teller für nur 13 Pfg. —
erhalten Sie in 27 Sorten: Mamentohl, Dajenschwanz, Eier-Sternchen, Grünstern, Erbs, Erbs mit Speck, Reis, Pilz, Spargel, Tomaten, Binfior usw.
aus MAGGI Suppenwürfeln

